



Buchensee 1 • 82323 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Demokratie in der Spaßgesellschaft



Politiker als Unterhaltungskünstler? Über das veränderte Verhältnis von Medien und Politikern diskutierten der Chefredakteur des Hörfunks des Bayerischen Rundfunks, Johannes Grotzky, und die bayerische FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Fotos: Schröder

Shell-Jugendstudie 2000:

Bayerns Jugendliche ticken anders

Jugendliche in Bayern unterscheiden sich in ihren Einstellungen und Denkweisen grundlegend von ihren Altersgenossen in den anderen Bundesländern. Und zwar sowohl im positiven („Schaut besonders optimistisch in die Zukunft“) wie auch im negativen Sinn („Ist besonders ausländerfeindlich“). Dies ist die Kurzfassung einer bayerischen Sonderauswertung der Shell-Jugendstudie 2000. Arthur Fischer, seit Beginn der renommierteren Shell-Jugendstudie deren Teamleiter, lieferte beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag empirische Belege „für einen subkutanen Umbau der Gesellschaft“.

Siehe Seite 16



Arthur Fischer untersuchte politische Einstellungen bayrischer Jugendlicher

Politiker in Talkshows und Containern - ist das die angemessene Politikvermittlung in der Multi-Media-Gesellschaft? Politik hat es nicht leicht, in einer stark von Unterhaltungsbedürfnissen geleiteten Gesellschaft Aufmerksamkeit zu gewinnen. Unterhaltung ist für viele wichtiger. Und deswegen folgen Politiker dem Publikum dorthin, wo sie es finden: bei „Christiansen“, „Biolek“ und „Big Brother“. Wissenschaftler, Journalisten und Politiker erörterten die Probleme der Demokratie in der Spaßgesellschaft auf einer Akademietagung, die in Zusammenarbeit mit der Politikredaktion des Bayerischen Rundfunks organisiert wurde.

Siehe Seite 3

Wir-Initiative Kommunikation: Prominentes Bündnis

Gegen das Desinteresse der Westdeutschen an den Ostdeutschen und die fatale Unkenntnis übereinander wendet sich ein in Tutzing ins Leben gerufenes prominentes Bündnis: die „Wir-Initiative Kommunikation“ umfaßt u.a. Richard von Weizsäcker, Elisabeth Noelle-Neumann, Edzard Reuter und Heinrich Oberreuter. Sie hielt ihr Gründungstreffen in der Akademie ab. Die Runde widmete sich einer ersten Bestandsaufnahme, wo die Brüche zwischen den beiden deutschen Gesellschaften angesiedelt seien. Zum anderen wurden konkrete Gegenmaßnahmen beraten.

Siehe Seite 21

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Fragwürdigkeiten der „Möllemannisierung“ der Politik	3
Kunst und Neue Medien: Amazonen mit Homepage	6
Der Politik auf den Zahn gefühlt	8
Kontakte mit den GUS-Staaten	8
Vom schlichten Sein zum schönen Schein?	9
Von der „Truman Show“ zu „Big Brother“	11
Globalisierung: Steuerbarer Pluralismus oder willkürliche Anarchie?	14
Honorarprofessur für Peter Hampe	15
Akademiegespräch im Landtag: Bayerns Jugendliche ticken anders	16
Deutschland aus der Nähe	18
Förderkreis	20
Wir-Initiative Kommunikation: Desinteresse und fatale Unkenntnis	21
Die Zukunft der direkten Demokratie	22
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	24
Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter	26
Themen - Tagungen - Termine	29
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	32

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans Maier
Vorsitzender des Beirats:
Siegfried Kett

Kollegium:
Dr. Horst Denzer, Dozent
Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik

Klaus Grosch
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung
Prof. Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung
Jürgen Maruhn, Dipl. Volkswirt
Wirtschaftsordnung, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael Piazolo, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:
Elke Leisching
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Redaktion:
Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:
Offsetdruck Schwarz GmbH
Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Fragwürdigkeiten der „Möllemannisierung“ der Politik

Wohin driftet die Demokratie in der Spaßgesellschaft?

Politiker in Talkshows und Containern – ist das die Zukunft der angemessenen Politikvermittlung in der Multi-Media-Gesellschaft? Ein Blick in die Fernsehprogramme scheint diesen Schluss nahe zulegen. Politik als ernsthafte Veranstaltung von existentieller Bedeutung hat es nicht leicht, in einer stark von Unterhaltungsbedürfnissen geleiteten Gesellschaft Aufmerksamkeit zu gewinnen. Unterhaltung, Spaß und Zerstreuung scheinen für die meisten Zeitgenossen wichtiger zu sein als das politische Geschehen in München, Berlin oder Brüssel. Und die Politiker folgen dem Publikum dorthin, wo sie es finden: vor der Glotze bei „Christiansen“, „Big Brother“ und Biolek, wo die schlichten „Wahrheiten“ über Politik und Gesellschaft besser ankommen als der sachbezogene Diskurs. Wissenschaftler, Journalisten und Politiker erörterten die Probleme auf einer Akademietagung, die in Zusammenarbeit mit der Politikredaktion des Bayerischen Rundfunks organisiert wurde.

Werner Schwaderlapp, Endemol-Geschäftsführer („Big Brother“) provozierte das Publikum mit der These, Information im Zeitalter des modernen Mediensystems als Unterkategorie von Unterhaltung zu sehen: „Die Medienvirklichkeit hat sich dramatisch verändert – auch qualitativ. Das Fernsehen ist von der elektronischen Volks hochschule zum elektronischen Kiosk geworden. Es hat keine Integrationsfunktion mehr.“ Die heutigen TV-Angebote seien rational gebaute Marketingprodukte, kein Journalismus mehr.

Ingrid Scheithauer, Medienkritikerin der „Frankfurter Rundschau“, verwies darauf, dass Politiker als Markenartikel gehandelt werden, weil sie nicht mehr mit programmativen Inhalten verbunden werden können. Sie sieht die Politiker in der „Inszenierungsfalle“.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, FDP-Vorsitzende in Bayern und Bundestagsabgeordnete, betonte die ge-



Ingrid Scheithauer und Werner Schwaderlapp:
Marketingprodukte und Inszenierungsfallen
Fotos: Hoffmann/Schröder

genseitige Abhängigkeit von Politik und Medien: „Wir brauchen die Medien als Vermittler für die Massen.“

Neue Machtelite

Vom Zwang zur Personalisierung der Politik als Mittel der notwendigen Reduzierung von inhaltlicher Komplexität sprach auch Ulrich Sarcinelli, Politikwissenschaftler an der Universi-

tät Koblenz-Landau. Er sieht eine „neue Machtelite“: jene „Politikvermittlungsexperten“ in den Parteizentralen, die sehr wichtig sind, aber unsichtbar in einer demokratisch nicht legitimierten Grauzone arbeiten. Er diagnostizierte die „Veränderung der politischen Elite zur medienfixierten Politprominenz“. Dies habe zweifellos Einfluss auf die Rekrutierung des po-



Ulrich Sarcinelli: „Veränderung der politischen Elite zur medienfixierten Politprominenz“

litischen Personals in den Parteien. Aber den ersten Schritt bei der Personalauswahl tun immer noch die Parteigremien, wenn auch schon mit dem Blick auf die Medienwirkung: „Den Beifall der Öffentlichkeit gibt es erst nach der Auslese, nicht anstatt.“ Und weiter: „Unsere Mediendemokratie ist eine Spielart der plebisizitären Führerdemokratie.“ Ohne „Möllemannisieren“ ginge in der Politik nichts mehr, aber diese Strategie könne auch schief gehen. Politik sei längst zu einem „Star-System“ (Kepplinger) geworden: „Ich werde gesehen, also bin ich!“

Kompetenz vermitteln

Aus dem Nähkästchen des politischen Kampagnen-Managers plauderte Wolfgang Hoderlein, von 1996 bis 2000 Generalsekretär der BayernSPD und seit Herbst letzten Jahres ihr Landesvorsitzender. Er sehe bei bestimmt

ten Gruppen in der Gesellschaft („75 Prozent sind überhaupt nicht an Politik interessiert“) einen Trend zur Abwendung von der Politik hin zur „Spaßgesellschaft“. „Die Lesenden lesen immer mehr, aber die Lesenden werden immer weniger“. Unter diesen Vorzeichen werde auch die klassische Parteiarbeit immer schwieriger. „Ein-Punkt-Aktivitäten, spontan und zeit-



Wolfgang Hoderlein: „Die Lesenden lesen immer mehr, aber die Lesenden werden immer weniger“

lich begrenzt, sind attraktiver als die Ochsentour.“ Aber Larmoyanz weise nicht nach vorn. In dieser veränderten, heterogenen Gesellschaft müssten Parteien trotzdem für sich Mehrheiten organisieren und einen möglichst großen Teil der Wählerschaft ansprechen.

Referenten:

Wolfgang Hoderlein, Landesvorsitzender BayernSPD
Dr. Wolfgang Gaiser, Deutsches Jugendinstitut e.V., München
Dieter Hanitzsch, Karikaturist, München
Dr. Edgar Piel, Institut für Demoskopie Allensbach GmbH
Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli, Universität Landau-Koblenz
Prof. Dr. Hermann Strasser Ph.D., Gerhard-Mercator-Universität/GHS Duisburg

Podium:

Dr. Johannes Grotzky, Chefredakteur, BR-Hörfunk, München
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB, FDP-Landesvorsitzende
Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli
Ingrid Scheithauer, Medienjournalistin, Frankfurter Rundschau
Prof. Dr. Hermann Strasser Ph.D.
Dr. Werner Schwaderlapp, Geschäftsführer, ENDEMOL Entertainment Productions GmbH, Köln

Moderation:

Peter Kujath, BR-Hörfunk, München

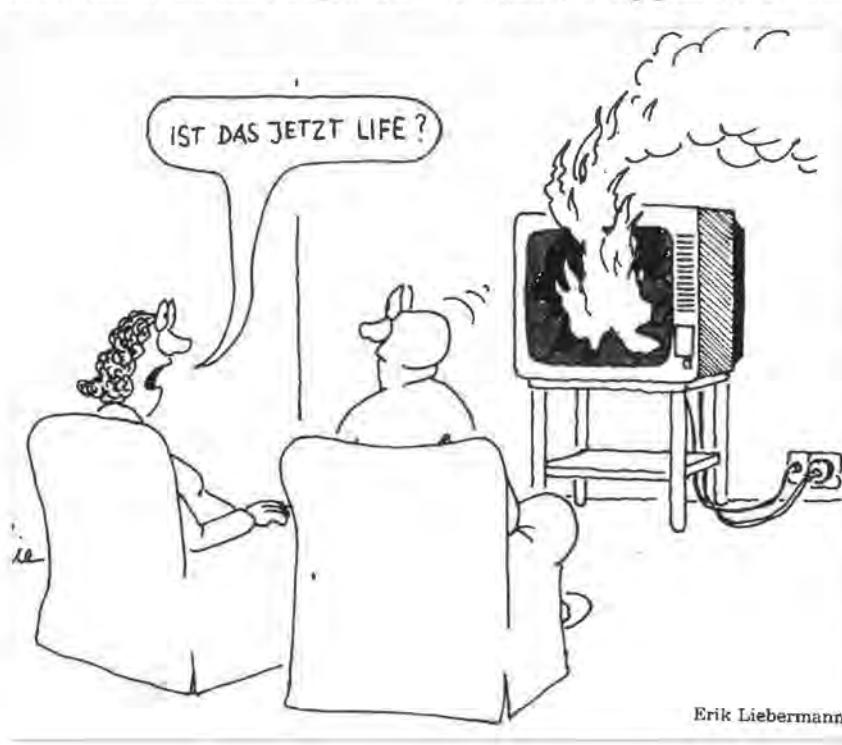
Tagungsleitung: *Dr. Michael Schröder*
Dr. Jürgen Weber

„Dabei ist für den Erfolg einer Kampagne das ‚Wie‘ entscheidender als das ‚Was‘. Der Bundestagswahlkampf 1998 der SPD habe dabei zum ersten Mal mit der „Kampa“, einer Wahlkampfzentrale jenseits der üblichen Strukturen, Erfolg gehabt. Dies führe

zwangsläufig zu Konflikten mit der Parteibasis, die auf Mitbestimmung und partiointerner Demokratie beharrt. Aber: „Die klassische Parteiveranstaltung ist doch heute eine Separatistenversammlung. Wir müssen zu den Leuten gehen, an authentische Orte der Begegnung und ihnen ein Wohlfühlerlebnis vermitteln. Bilder und Botschaften dürfen maximal eine halbe Minute lang sein und nicht mehr als vier Wörter haben.“ Personen, Symbole und Metaphern müssten verknüpft werden („Auto-Kanzler Schröder“) um Leute anzusprechen: „Wir müssen der politischen Botschaft ein Gesicht und Profil geben und Kompetenz vermitteln.“

Hedonistische Einstellungen

Demoskopische Befunde aus der Mitte der „Spaßgesellschaft“ lieferte Edgar Piel vom Institut für Demoskopie Allensbach. Er registrierte eine Zunahme der hedonistischen Einstellungen in der Bevölkerung in den letzten 25 Jahren. Bei den Jüngeren bis 30 Jahre seien sie stärker und ungebremst. Eine



Erik Liebermann

politische Orientierung und Aktivität sei praktisch ganz verschwunden. Auf die Frage, wer die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft beeinflusse, nannten die Befragten an erster Stelle Technik und Wirtschaft. Politik und Medien rangieren auf den hinteren Plätzen.

Kontrastprogramm

Es gebe zahlreiche Indikatoren für die These von der „Spaßgesellschaft“: sinkende Sparneigung, ein neues Körpergefühl bis hin zum Körperkult und die

„Keine Sau interessiert sich mehr dafür, wie man die immer schlechter werdende Gesellschaft besser machen kann“

Edgar Piel

zunehmende Orientierung auf Freizeit. Aber der plakative Begriff deckt nicht alles ab. Gleichzeitig gibt es ein Kontrastprogramm: Beunruhigungstendenzen nehmen zu, düstere Zukunftsszenarien werden gezeichnet. Piels überspitztes Fazit: „Keine Sau interessiert sich mehr dafür, wie man die immer schlechter werdende Gesellschaft besser machen kann.“

An diesem Punkt sieht auch Johannes Grotzky, Chefredakteur des BR-Hörfunks, Probleme: „Die unter 30-jährigen wandern ab. Sie werden von unseren öffentlich-rechtlichen Informationsprogrammen nicht mehr erreicht. Was wird aus der Gesellschaft, wenn diese Jungen älter werden?“ ■

Michael Schröder

(siehe auch Pressechau S. 27/28)

Schmidteinander ins 21. Jahrhundert

Von Prof. Dr. Hermann Strasser,
Lehrstuhl für Soziologie, Universität Duisburg*

Die Individualisierung unserer Lebenswege, die Auflösung angestammter Bindungen, die Globalisierung unseres Sinnhorizonts und der industriell-kulturelle Medien-Komplex haben unser Leben, vor allem das der jüngeren Generationen, in ein egozentriertes Erlebnisprojekt verwandelt und gleichzeitig der Ironisierung durch die Medienwelt ausgeliefert.

- Immer seltener sind wir in der Lage, die Gegenwart aus der Geschichte zu verstehen, denn wir sind damit beschäftigt, den rasanten Wandel, das Vorbeirauschen der Jahre, einfach nachzuvollziehen. Mit dem Mittel der Ironie, des Sarkasmus und der schnellen Schnitte helfen Comedy-Angebote dem Individuum, seine Eigenständigkeit zu beweisen, sich zeitweise zurückzuziehen und gleichzeitig über Sprache und Konsum dem postmodernen Lebensstil zu huldigen.

„Eine Entpolitisierung der Spaßgeneration lässt sich stichhaltig nicht nachweisen“

- Bei unseren Eltern und Großeltern ist das Unbehagen an der Kultur aus der Sicherheit, die zu wenig Freiheit ließ, entstanden. Das postmoderne Unbehagen unserer Tage entsteht aus dem Übermaß an Freiheit, die zu wenig Sicherheit und Bindung gewährleistet. Insofern lassen uns die medialen Spaßvögel und Spötter auch in den Spiegel unserer Gesellschaft schauen. Wir erkennen darin das ewige Dilemma der menschlichen Gesell-



schaft zwischen dem Übermaß an Ordnung, die uns eintönige Tage aufzwingt, und einem Übermaß an Freiheit, die uns schlaflose Nächte beschert.

- Jede Zeit hat ihre Probleme, doch jede Zeit hat ihre eigenen Probleme – und deshalb auch ihre eigene Art und Weise, mit ihnen umzugehen. Eine Entpolitisierung der Spaßgeneration lässt sich stichhaltig nicht nachweisen. Wenn mit Privatem Politik medial inszeniert wird, spätestens dann wird das Private politisch. Insofern ist Comedy, wie sie nicht zuletzt Harald Schmidt betreibt, tatsächlich als Kabarett des beginnenden 21. Jahrhunderts zu begreifen; als Weiterführung eines Genres mit Mitteln, die dem Gegenstand angepasst werden. Dabei gilt es, nicht nur die subjektiven Motive der comedians im Sinne der Satire, sondern auch die objektiven Folgen für die kulturelle Kontinuität einer Zivilisation im Auge zu behalten.

*in Auszügen

Amazonen mit Homepage

Computermaus und Internet ersetzen Pinsel und Leinwand

Künstlerinnen zwischen Tradition und Internet war das spannende Thema des Symposions „Amazonen mit Homepage“, das die Akademie gemeinsam mit der „Gesellschaft deutscher und österreichischer Künstlerinnen (GEDOK)“ initiiert hatte. Um Missverständnissen vorzubeugen: der kämpferische, feministisch klingende Titel wurde nicht etwa vom männerdominierten Tutzinger Dozentenkollegium erfunden, sondern war der ausdrückliche Wunsch der beiden Gedok-Organisatorinnen Carla Zipser und Brigitte Luley. Die Medienkunst und die Bedeutung neuer Techniken und Technologien für die Arbeit von Künstlerinnen wurden ebenso angesprochen wie die Frage, wie sich Wahrnehmung und Ästhetik durch neue Medien verändern. Eine Ausstellung, Präsentationen und eine Performance rundeten das Programm ab.

Renate Schmidt, langjährige Landesvorsitzende der bayerischen SPD und Oppositionsführerin im Landtag, selbst Hobby-malerin und mit einem bildenden Künstler verheiratet, ließ es sich nicht nehmen, die 110 Teilnehmerinnen (darunter vier Männer) der Tagung zu begrüßen. In Anspielung auf ihren erlernten Beruf als Computerfachfrau ermunterte sie die Frauen, sich intensiver als bisher mit den neuen Medien wie PC und Internet auseinander zu setzen. Sie regte an, darüber nachzudenken, inwieweit der Schulunterricht in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern für Jungen und Mädchen getrennt gegeben werden sollte, um die Chancengleichheit zu erhöhen.

Lydia Hartl (designierte Münchner Kulturreferentin), Medienwissenschaftlerin am Zentrum für Kunst und Medien (ZKM) an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe und Professorin an der Universität von Orléans, lud die Teilnehmerinnen ein zu einer faszinierenden Zeitreise durch 100 000 Jahre Menschheits-, Kunst- und Technikgeschichte. Sie stellte fest, dass in der westlichen Welt den Frau-



Renate Schmidt

en nur in geringem Maße Einfluss und Zugang zu den die Kultur prägenden Bereichen zugestanden wurden. Technik sei Inhalt und Medium einer Grenzüberschreitung, ebenso wie es Werke der Kunst sind, die bisher gewohnte Seh- und Erlebnisweisen sprengen und alle bisher erfundenen Medien auf die Probe ihrer Kunstfähigkeit stellen. „Den neuesten Medien wird die Fähigkeit zugesprochen, die Gesellschaftsstruktur an sich zu ändern und die alten Hierarchien aufzulösen, da sie dynamisch, anarchisch und geschlechtsneutral organisiert sind.“ Hartl sieht die Entdeckung der Chancen, Risiken und Gefahren neuer Medien als gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe von Männern und Frauen.

Die Nürnberger Kunstpädagogin Sabine Richter gab einen Überblick der Körper- und Raumdarstellung seit Dürer über die Erfindung der Fotografie bis in die Gegenwart. Stand am Anfang noch die strikte Trennung von Maler und Modell - bei Dürer



„Video Tower“
von Dorothea Frigo
Foto: Kulturreferat München

sogar per Rasterrahmen - so werden in gegenwärtigen Performances Künstler selbst zum Modell und Kunstwerk. „Die Grenzen zwischen Fiktion und Realität zerfließen - darin liegt der politische Aspekt unserer heutigen Bilder- und Medienwelt.“



Sabine Richter

Zahlreiche Beispiele von Kunstprojekten im Internet lieferte die Hamburger Journalistin und Kunsthistorikerin Christiane Wettig (Internet-Adressen siehe Kasten). Dabei unterschied sie die weltweite Archivfunktion des Computernetzes (z.B. www.artchive.com) von Projekten, die eigens für das Internet produziert werden wie den „Netzbikini“ oder die webcams der Ana Voog.

Der interaktiven Medienkunst widmete sich die Karlsruher ZKM-Dozentin Ellen Heider. „Kunst oder Spiel – das ist die zentrale Frage.“ Der Zuschauer werde in das Kunstwerk einbezogen, könne selbst Beiträge leisten und es verändern.

Der Künstler als Urheber und Schöpfer sei nicht mehr eindeutig. Co-Autoren wie Techniker und Informatiker treten hinzu.



Ellen Heider

Interessante Perspektiven

Während sich viele der anwesenden Künstlerinnen schon mit den neuen und auch teuren Medien auseinandergesetzt hatten, vertrat die Münchner Fotografin Nina Stuhldreher eine Gegenposition: sie plädierte für „low tech“ und stellte die Künstlergruppe „Linsenfrei“ vor. Mit einfachsten Mitteln – z.B. selbstgebauten Lochkameras aus Dosen oder Pappschachteln – erzielen sie faszinierende Ergebnisse und interessante Perspektiven jenseits digitaler Tricks und teurer Apparate. In der Schlussdiskussion zur Vermarktung neuer Medienkunst stellte der

net.art made by women

Internetadressen, zusammengestellt von
Christiane Wettig



Christiane Wettig

Jenny Holzer: „Please Change Beliefs“
<http://adaweb.walkerart.org/project/holzer/egi/peb.egi>

Olia Lialina:
„My Boyfriend Came Back from the War“
<http://www.teleportacia.org/war/>
„Art Teleportacia .org“ <http://art.teleportacia.org/>

Eva Grubinger: „Netzbikini“ <http://thing.at/netzbikini>

Victoria Vesna: „Bodies INCorporated“
<http://WWW.bodiesinc.ucla.edu/frames1.html>

Ana Voog: „Anacam“ <http://www.anacam.com>

Kathy Rae Huffman / Eva Wohlgemuth: „Siberian Deal“
<http://www.t0.or.at/~siberian/vrteil.htm>

Vera Frenkel: „Body Missing“ <http://www.yorku.ca/BodyMissing>

Münchner Galerist Matthias Kampl schlicht fest: „Sie verkauft sich schlecht“. Die Umsätze seien lächerlich. „Journalisten und Medien sind nicht motiviert und interessiert. Wir

müssen offensiv werden und in den öffentlichen Raum gehen.“ Statt einem angemessenen Preis, zu dem Kampl Material, Produktionskosten, Honorar und Vermittlung rechnete, würden Trinkgelder geboten. Er regte eine Unterstützung durch die Kommunen an, um einen für den einzelnen Künstler zu teuren Technikpool zu finanzieren: „Wer braucht schon auf Dauer zehn Videorecorder?“ Nach Abschluss eines Projekts werde die ausgeliehene Technik wieder in den Pool zurück gegeben.

Kunst und Spiel

Neben Vorträgen und Diskussionen im vollbesetzten Plenum gab es Präsentationen Münchner Künstlerinnen, bei denen die Teilnehmerinnen zum Teil auch selbst mitmachen konnten. Christiane Dörrich zeigte während der Vernissage ihr Videospiel „Ausfahrten“. Eva Ruland präsentierte eine interaktive Computerinstallation („Lexikon des Lachens“) mit Text, Ton und



„Medienkunst verkauft sich schlecht“: Galerist Matthias Kampl, die Medienwissenschaftlerin und designierte Münchner Kulturreferentin Lydia Hartl und Moderatorin Petra Bernatzeder (v. rechts) bei der Abschlussdiskussion
Fotos: Schröder

Video, deren Verlauf die Besucher mittels PC-Maus beeinflussen konnten. Hertha Miessner demonstrierte digitale Bildbearbeitung am PC und zeigte ihr Postkartenprojekt „LA Venezia“, bei dem sie Fotos aus Lands-hut und Venedig zu neuen virtuellen Räumen komponierte. Iska Jehl, die Leiterin der Medienwerkstatt der Akademie der Bildenden Künste, zeigte, wie mit Hilfe von „Gif-Animationen“ die Bilder am PC das Laufen lernen.



Hertha Miessner demonstrierte den Teilnehmerinnen die Möglichkeiten digitaler Bildbearbeitung am Beispiel „LA Venezia“

„Netzautorin“ Susanne Berkenheger veranstaltete eine „Hyper-Lesung mit funkmausgesteuerter Autorin“ und die Digitalkomponistin Helga Pogatschar führte ihre Arbeitsweise und Ergebnisse vor. Und dass nicht alles ernst gemeint sein muss und zur Kunst auch das Spiel gehört, bewiesen sie und die Lyrikerin Alma Larsen mit ihrem live uraufgeführten Hörspiel von den Beziehungsproblemen zweier Klappstühle. ■

Michael Schröder

(siehe auch Presseschau Seite 26)

Der Politik auf den Zahn gefühlt



Regierungskrisen und Kabinettsumbildungen in Berlin und München, BSE – aktuelle Themen und Fragen gab es reichlich für das Interviewtraining „Politik kritisch hinterfragt“. 20 junge Journalisten aus Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (darunter 12 Absolventen der Holtzbrinck-Journalistenschule aus Düsseldorf) trainierten unter Anleitung der Leiterin der Kirchenredaktion des MDR-Fernsehens, Susanne Sturm, das richtige Fragen und Nachhaken auch bei schwierigen Gesprächspartnern. Unser Bild zeigt den Presse-sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Berthold Merkel (Mitte), im „Kreuzverhör“.

Foto:ms

Kontakte mit den GUS-Staaten



Am 14. Februar waren 80 Führungskräfte aus Politik, Verwaltung und Militär in den GUS-Nachfolgestaaten zu Besuch in der Akademie. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem George C. Marshall Center for Security Studies, Garmisch-Partenkirchen im Rahmen eines 15-wöchigen Lehrgangs über Demokratie, Marktwirtschaft und europäische Sicherheit durchgeführt. Die Teilnehmer unterrichteten sich, eingeleitet von einem Referat von Michael Piazolo, über die Aufgaben der politischen Bildung zur Festigung der Demokratie in Deutschland und Bayern.

Foto: Scheffler

Vom schlichten Sein zum schönen Schein?

Über das Verhältnis von Public Relations und Politik

Die Zeiten, als Politik und Public Relations nur das große „P“ verband, gehören schon seit längerem der Vergangenheit an. Was sich in den letzten zwei Jahrzehnten und besonders in den letzten Jahren verändert hat, ist die Intensität dieser Beziehung. Schlagwörter wie die „Amerikanisierung“ der Wahlen sind hierfür Beleg. Diese Entwicklung war Anlass für die Akademie, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Public Relations Gesellschaft (DPRG), diesem Thema in einer Tagung nachzugehen.

Dem Konzept der Tagung lag der Gedanke zu Grunde, die Beiträge von Experten aus der Politik- und Kommunikationswissenschaft mit Vorträgen von Praktikern so zu verschränken, dass die Einzelthemen von beiden Seiten her ausgeleuchtet werden.

Im Einführungsvortrag ging der Leipziger PR-Professor Günter Bentele der Frage nach, ob zwischen Politik und Public Relations ein symbiotisches Verhältnis herrsche. Immer noch sei, so Bentele, ein Ver-



Günter Bentele: Antiquierte Vorstellungen von PR in der Politik weit verbreitet

ständnis von PR in der Politik weit verbreitet, das sich an antiquierten Vorstellungen orientiere. Angesichts der rasanten Entwicklung der Medien reiche dies allerdings schon lange nicht mehr aus. Die verstärkte Ausrichtung entlang der Wirkmechanismen der Medien hat eine neue Qualität der politischen Kommunikation insgesamt zur Folge. Symbolische Politik, das heißt die Betonung des Vermittlungsaspektes, tritt hierbei in den Vordergrund. Allerdings betonte

Bentele auch, dass das Publikum für Grenzverletzungen von beiden Seiten durchaus sensibel sei.

Über die strategische Dimension von Politik sprach Wahlkampf- und Strategieberater Peter Schröder, der vor allem im Ausland tätig ist. Seiner Ansicht nach ist ein großes Manko auf Seiten der Politik, dass viele Politiker



Peter Schröder: Großes Resistenzpotential gegenüber Beratung bei den Parteien

„therapieresistent gegenüber Strategieberatung“ seien. Ausreden wie „wir wollen uns unsere Handlungsoptionen offen halten“ sind an der Tagesordnung. Da als Voraussetzungen für die Planbarkeit von Kommunikation u. a. eine starke Führungspersönlichkeit mit einer Vision, ein klar definiertes Produkt und ein „klares Feindbild“ notwendig sei, ist es schwierig, für

offene Organisationen in einem offenen Umfeld Strategien zu planen. Naturgemäß haben Volksparteien, die nach dem Grundsatz innerparteilicher Demokratie konstruiert sind, Schwierigkeiten, diese Anforderungen zu erfüllen.

Martin Sebaldt (Universität Passau) stellte die Öffentlichkeitsarbeit von Interessengruppen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Dabei wurde deutlich, dass die kleinen Verbände überwiegend Öffentlichkeitsarbeit mit sehr begrenzten Ressourcen betreiben, z. B. indem PR und Lobbying ehrenamtliche Mitarbeiter übernehmen. Im Gegensatz zu vielen Repräsentanten von Gewerkschaften, denen er ein „libidinoses Verhältnis zum öffentlichen Auftritt“ attestiert, verläuft All-day-Lobbying zumeist unspektakulär, beispielsweise indem sich die politischen Gremien des Sachverständes der Verbandsvertreter im Rahmen von Gesetzgebungsprozessen bedienen. Da es in Deutschland aber schon immer schick war, „Verbandskritik zu betreiben“, wird dieses „normale“ Verhältnis in den Medien immer noch als etwas „Unanständiges“, „Problematisches“ oder „fast Kriminelles“ (Florian Ries) dargestellt.

„Beackern“ der Exekutivbehörden

Helmut Martell, Hauptgeschäftsführer des Großbäckerverbandes und in der Deutschen Gesellschaft für Verbandsmanagement engagiert, arbeitete u. a. die Grundsätze heraus, die für eine erfolgreiche Gestaltung der Beziehung zwischen Verbänden und politischen Instanzen notwendig sind: Besonders wichtig ist demnach erstens das regelmäßige „Beackern“ der Exekutivbehörden auf Länderebene, da hier Ermessensspielräume gefüllt werden, zweitens präzise Informationen weiterzugeben, da dies die „Münze ist, mit der der Lobbyist bezahlt“, drittens eine intelligente Bündnispolitik, um Ein-

flussmacht zu steigern und viertens schließlich das Prinzip des „bottom up“, der Einflussnahme von unten her.

Nutzen schaffende Netzwerke

Auf die Rolle der Public Affairs Agenturen ging Florian Ries von „vom Hoff Kommunikation“ aus Düsseldorf ein. Viele Politiker wie auch Organisationen sind inzwischen überfordert und suchen deshalb Unterstützung bei entsprechenden Agenturen, um ihre Ideen und Interessen zu promoten. Professionelles Public Affairs ist u. a. gekennzeichnet durch „Nutzen schaffende Netzwerke“ (z. B. Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten), durch die Detailkenntnis der parlamentarischen Arbeitsweise sowie vielerlei Kontakte zu Entscheidungsträgern auf den verschiedenen Ebenen. Dabei wird, so Ries, immer wieder deutlich, dass der wichtigste Gesprächspartner „nicht ganz oben sitzt“. Große Unternehmen wie BMW setzen nicht oder nur sehr eingeschränkt auf externe Beratung und Unterstützung, wenn es um gezieltes, direktes Lobbying geht.

Richard Gaul, Leiter Konzernkommunikation und Politik beim bayerischen Autobauer, betonte, dass sein Unternehmen eigene Büros an den wichtigen Schaltstellen der politischen Macht unterhalte. So hat schon seit geraumer Zeit Brüssel einen ähnlich wichtigen Stellenwert wie Bonn bzw. Berlin.

Auf die oft anzutreffende „Beratungsresistenz“ der Führungen politischer Organisationen aber auch von Unternehmen wies der Krisen-PR-Berater Klaus-Peter Johanssen hin, der lange Jahre bei Shell tätig war und dabei auch die Brent Spar-Krise zu bewältigen hatte. Seiner Ansicht nach sind politische Parteien von ihrer Struktur und Organisation her nicht dafür prädestiniert, erfolgreiches Krisenmanagement zu betreiben. Die Parteien, das hat die Spendenaffäre der CDU wieder deutlich vor Augen geführt, müssen schon in Vorkrisenzeiten präven-

tives Krisenmanagement durchführen, indem ein Krisenstab bestimmt wird, der schnell reagieren kann und dann bestimmte Vollmachten gegeben werden. Ungeklärt bleibt allerdings, wer denn definiert, wann eine Krise vorliegt.

Ethische Grenzen

Auf ethische Grenzen politischer PR machte Horst Avenarius, der Vorsitzende des Deutschen PR-Rates, aufmerksam. Entscheidend ist seiner Ansicht nach die Moral des Publikums, und diese Moral ist natürlich gewissen Wandlungen unterworfen. Eine „absolute Grenze der PR“ ist für Avenarius das Gebot „Du sollst nicht lügen!“. Daneben wies er auf einen Fall des Deutschen PR-Rates hin, in dem die Praxis einer PR-Agentur, für eine Kundgebung Demonstranten zu kaufen, als arglistige Täuschung der Presse und der Anwesenden gebrandmarkt wurde.



v. l.: DPRG-Präsident Stephan Becker-Sonschein, Richard Gaul, Tagungsleiter Manfred Schwarzmeier

Ein Stück äußerst erfolgreiche Adaptation amerikanischer Praktiken führte Malte Ristau, 1998 Mitarbeiter in der damaligen Wahlkampfzentrale „Kampa“ und jetzt Referatsleiter im Planungsstab des SPD-Parteivorstandes, mit der Wahlkampagne 1998 seiner Partei vor. Sehr schnell war 1997/98 klar geworden, dass von der Kampa aus nicht nur der SPD-Wahlkampf systematisch und professionell geführt wird, sondern dass die Wahlkampfzentrale selbst zum Mythos wird. Die Journalisten berichteten teilweise intensiver über die Kampa und ihre

Kampagnenführung als über Inhalte. Dies war durchaus auch so beabsichtigt, wie Ristau ausführte: „Wenn Journalisten schon keine Lust haben, über Wahlkampf zu berichten, warum sollten dann die Leute Lust haben, zur Wahl zu gehen?“

Christina Holtz-Bacha (Universität Mainz) zeigte am Beispiel des Wahlkampfes 2000 neueste Entwicklungen und Trends in der US-amerikanischen Wahlkampfführung auf. Dabei wurde deutlich, dass die New-Campaign-Technology immer mehr ausdifferenziert wird. Dem Internet kommt dabei eine zusehends wachsende Bedeutung zu. Mit diesem Instrumentarium sei es möglich, so Holtz-Bacha, Zielgruppen viel genauer anzusprechen, um beispielsweise Wahlkampfspenden zu sammeln. Auf die „Zuhälter des politischen Stricks“, wie die Politikberater (Political Consultants) abwertend auch genannt werden, ging Marco Althaus ein. Allein in den vier Jahren von

1996 bis 2000 wurden in den USA ca. 14 Mrd. \$ für Kampagnen ausgegeben. Nach Althaus ist unter den 7000 Beratern klar eine Tendenz auszumachen, die Tätigkeit als Profession zu etablieren. Hierzu zählen standardisierte Ausbildungswege und ein Ehrenkodex, der allerdings – so demonstriert die Praxis – nur eingeschränkt Bindungswirkung hat. Wolfgang Kreuter von der Agentur BSMG, deren amerikanische Gründer an Clintons Wahlkämpfen beteiligt waren, machte deutlich, dass aus seiner Sicht der Prozess der Amerikanisierung des Wahlkampfes irreversibel sei.

Er verwies darauf, dass bereits die Nationalsozialisten sich amerikanischer Agenturen bedient hätten, um das Image von Deutschland im Ausland zu verbessern. Die USA waren Ausgangspunkt nahezu aller großen medialen Neuerungen. Um auch in Deutschland zu einer Modernisierung der politischen Kommunikation zu kommen, müssten die Medien kritischer, die Parteien spannender und die Wähler wechselhafter werden. ■

Manfred Schwarzmeier

(siehe auch Presseschau Seite 28)

Von der „Truman Show“ zu „Big Brother“

Wissenschaftler und Journalisten streiten über Medienethik

„Grenzverletzungen!“ war das Motto einer Lehrerfortbildung über Verantwortung und Verführung im Medienzeitalter. Das galt nicht nur für das Thema, sondern auch für die leidenschaftlichen Diskussionen. Wann kam es in Tutzing schon vor, dass ein seine journalistische Verantwortung ernst nehmender Zeitungsmann (Chefredakteur Jürgen Busche von der Badischen Zeitung in Freiburg) wutentbrannt den Saal verließ, weil er die Argumente „Selbstbestimmung“ und „Kundenorientierung“ zur Programmrechtfertigung des Privatfernsehvertreters (Conrad Heberling von RTL 2) nicht ertragen konnte. Es gab heiße Diskussionen über die Fälschung von Nachrichten und Bildern und die unterschwellige Bedienung von Vorurteilen anhand der WDR-Sendung „Es begann mit einer Lüge“. Es war eine leidenschaftliche, kontroverse und topaktuelle Tagung. Streit statt Einheitsbrei, man konnte Streitkultur lernen. Politische Bildung eben!

Schnell stellte sich heraus: ein Großteil der Pädagogen hat heute mit ihren Moralvorstellungen Schwierigkeiten, den Medienkonsum (speziell der neuen Medien) ihrer Schüler zu verstehen. So können sie die Jugendlichen nicht mehr erreichen, geschweige denn sie zu einem reflektierten und kritischen Umgang mit den Medien anleiten. Wer „Big Brother“, „Girlscamp“ und die Vorabendsoaps als seicht, moralisch bedenklich, ohne Bildungswert und überflüssig abtut, verkennt ihre geheime Verführungsmaßt, weil sie die Jugendlichen bei ihren Verhaltensunsicherheiten und ihrer Einübung menschlicher Beziehungen an die Hand nehmen. Notwendigkeit und Dringlichkeit des Themas wie auch das große Interesse der Lehrer daran verstehen sich so von selbst. Die Tagung versuchte, dem gerecht zu werden mit einem Perspektivenwechsel von sozialemethischer Grundlegung und Medienpraxis, Medienverantwortung und Medienkonsum/Persönlichkeitsbildung bei Jugendlichen.

Ethische Verantwortung

Prof. Rüdiger Funioks (Hochschule für Philosophie München) Referat über die ethische Verantwortung der Medien im Informationszeitalter provozierte mit den Negativetiketten „Ver-

führung, Manipulation, Meinungsmaße, Informationssteuerung, Gewaltverherrlichung“. Er warnte davor, die Begriffe Ethik und Moral zu vermischen. Unter Moral versteht Funiok



Rüdiger Funiok: Ethik und Moral nicht vermischen

dabei „...die Gesamtheit der in der Gesellschaft vorfindbaren Normen, Ideale, Tugenden und Institutionen“. Ethik dagegen ist „die wissenschaftliche (deskriptiv-normative) Beschäftigung mit dem Bereich der Moral“. Die Verantwortung der Medien könne man anhand der ‘7-W’-Frage ermitteln: *Wer verantwortet was wofür? Weswegen und wovor, wann und wie muss man es verantworten?*

Nach der Theorie die Medienpraxis: Beim Diskussionsforum der Medienmacher stand im Mittelpunkt der Kontroverse Dr. Conrad Heberling, (PR- und Marketingleiter bei RTL2). Nach ihm sollte man den Zuschauern nicht vorschreiben, welche Sendungen „gut oder schlecht für ihn sind“. Er kritisierte die „Moralapostel“, welche dauernd den „ethisch-moralischen Zeigefinger“ erheben. In einer Demokratie sei die Meinungsvielfalt konstitutiv; man wolle nicht mehr die Gängelung durch Goebbels Reichskulturkammer oder das DDR-Kulturministerium. Durch diesen Vergleich fühlte sich Dr. Jürgen Busche provoziert, der in feinen Abwägungen die ethische Verantwortung im Zeitungsaltag vorgeführt hatte.

Übertretung der Grenzen

Nach Josef Bielmeier vom Bayrischen Rundfunk hat sich die Medienlandschaft in den letzten Jahren völlig verändert. So gibt es heute allein in Bayern etwa 50 Radiostationen. Der Kampf um Quoten und die damit zu erzielenden Werbeeinnahmen ist in der gesamten Medienlandschaft voll entbrannt. Dabei erscheint es manchen (u.a. privaten) Medien verlockend - wenn nicht sogar überlebenswichtig -

„Informationen drohen zur Ware zu verkommen“

Josef Bielmeier

die Grenzen des Erlaubten bzw. Vertretbaren auszuloten und manchmal auch zu übertreten, um in der Gunst der Konsumenten vorn zu liegen. Die Gratwanderung zwischen Quotenkampf und ethischer Verantwortung gäbe es auch in den öffentlich-rechtlichen Sendern. Zwar sei man nicht im gleichen Maße wie die Privatsender von Werbegeldern abhängig, aber „man könne auch nicht an den Zuschauern vorbeisenden“.

Dr. Gabriele Hooffacker von der Münchner Journalistenakademie befasste sich mit dem Internet, in dem Kontrolle wie bei „klassischen“ Me-

**Jugendliche müssen lernen,
mit Medien umzugehen.
Dies kann man als Pädagoge
vor allem damit erreichen,
indem man den „Kids“ zeigt,
wie Medien manipulieren können.**

Gabriele Hooffacker

dien kaum möglich sei. Hier könnten z.B. journalistische Grundsätze (Pressekodex etc.) gebrochen werden, ohne dass dies für den Verantwortlichen Konsequenzen hat. Bedenklich sei ebenfalls die zunehmende Vermischung von Kommerz und Journalis-

Die anschließende Diskussion war lebhaft, kontrovers, manchmal aber auch wenig tolerant: der Andersdenkende wurde oft moralisch diskreditiert. Be-

sonders Heberling stand unter „Beschuss“ des Auditoriums. Angesprochen auf die (negative) Beeinflussung speziell von Jugendlichen durch die Medien, meinte er, dass Jugendliche ihre Grenzen selber suchen und

finden - das sei ein elementares Recht auf Selbstbestimmung. RTL2 wolle die Grenzen definieren. Dies sei aber ein dynamischer Prozess, da die Grenzen sich analog zu den gesellschaftlichen Normvorstellungen immer wieder verschieben. Hier setzte Hooffacker

schen Daten über den „digitalen Großangriff auf die Seele junger Menschen“ und die „eigenwillige Mediennutzung der Jugendlichen“ versorgt waren, durch Unterrichtskonzepte in den Schulalltag zu transportieren. Schüler könnten die Manipulation in Rollenspielen bei einem Daily Talk lernen. Anhand der Aufbereitung von Videos (z.B. „Truman Show“) sollen die Schüler erkennen, wo und wie Medien elementare Rechte eines Menschen verletzen können.

Die richtige Auswahl

Der zweite Schwerpunkt der Tagung war die mediale Vermittlung von Politik. Zunächst die Theorie, vermittelt durch Prof. Jürgen Wilke (Universität Mainz): 95 % der Politik sei für den Bürger nicht direkt erfahrbar, müsse also durch Medien vermittelt werden. Angesichts der Fülle der Nachrichten stelle sich schon vor jeder kommentierenden Wertung die Frage der Auswahl nach Nachrichtenwert, redaktioneller Linie des Mediums, Aktualität, krisenhafter und kontroverser Zuspritzung des Geschehens und Informationsbeschaffung/Präferenzen des Journalisten. Die Praxis vermittelte das von Michael Schröder geleitete Diskussionsforum mit Nachrichtenredakteuren und Konfliktberichterstattern. Dabei wurden Probleme des Recherchierens und der Informationsverwertung bzw. -aufbereitung erklärt und diskutiert.

**„Die kooperative
Konkurrenz unter den
Medien sorgt für Sorgfalt
der Berichterstattung“**

Klaus Podak



Diskussionsforum 1: das verbliebene Quartett: Dr. Conrad F. Heberling, Tagungsleiter und Moderator Dr. Horst Denzer, Dr. Gabriele Hooffacker, Josef Bielmeier (v.l.)

mus. Für viele „User“ sei es kaum ersichtlich, ob es sich um einen inhaltlichen Text oder um versteckte Werbung handele. Deshalb forderte sie eine klare Trennung von kommerziellen Anzeigen und journalistischen Texten im Internet.

kers Kritik an: Jugendliche müssen lernen, mit Medien umzugehen. Dies kann man als Pädagoge vor allem damit erreichen, indem man den „Kids“ zeigt, wie Medien manipulieren können. Dies suchten die Lehrer, nachdem sie von Dr. Waldemar Vogelgesang (Universität Trier) mit empiri-

Ein Hauptproblem ist: Was kann, soll bzw. darf in einem Beitrag gesendet werden, um einerseits die Zuschauer optimal zu informieren, aber andererseits nicht Sensationshascherei zu betreiben. Besonders in Gebieten mit kriegerischen Auseinandersetzungen sind viele Informationen und (teilweise grausame) Bilder interessengeleitet verfügbar, welche dann anschließend von den Heimatredaktionen überprüft und „sende- bzw. druckreif“ ausgewählt und aufbereitet werden. ▶

Dr. Friedrich Schreiber beschrieb seine Erlebnisse als ehemaliger ARD-Korrespondent in Tel Aviv: Besonders wichtig seien informelle Netzwerke, welche man vor Ort knüpfen muss, um möglichst schnell und sicher Informationen zu erhalten.



Friedrich Schreiber: Informelle Netzwerke sind wichtig

Thomas Morawski, Balkankorrespondent des BR, verwies u.a. auf zwei Probleme seiner Arbeit: In Krisenzeiten kommt man mit der Informationsbeschaffung kaum mehr nach; die Kon-



Thomas Morawski: Die Konkurrenz wird heftiger

kurrenz der Sender um Nachrichten und Dokumente wird immer heftiger.

Für Karl Friedrich Broderix, Redakteur der BR-Rundschau, der mit dem Vergleich Rohmaterial/Sendung in die Werkstatt der Macher blicken ließ, ist die Abgleichung verschiedener von-

einander unabhängigen Quellen entscheidend für die Seriosität einer Redaktion. Nur so ist es möglich, eventuelle Falschinformationen und „Enten“ herauszufiltern. Wie leicht man solchen Falschinformationen als Korrespondent und als Redakteur aufsitzt, machte der Fall Sebnitz deutlich.

Klaus Podak von der Süddeutschen Zeitung forderte für den seriösen Journalisten gründliche Ausbildung, Zivilcourage, aber auch ein gesundes Maß an Opportunismus.

Journalistische Sorgfaltspflicht

In der anschließenden Diskussion spielte der WDR-Beitrag „Es begann mit einer Lüge“ eine Rolle, der sich kritisch und z.T. auch einseitig mit der Berichterstattung während des Kosovokrieges auseinandersetzt. Die Podiumsgäste machten dabei deutlich, dass sie diese Art von Journalismus ablehnen, da die WDR-Redakteure offensichtlich ihre journalistische Sorgfaltspflicht verletzt haben.

„Ethik im Journalismus ist heute wieder ein großes Thema“

Thomas Morawski

Für Schreiber gibt es einen Unterschied zwischen einer (absichtlich) manipulierten und einer subjektiven Berichterstattung. Obwohl diese Grenzen fließend sind, sollte der Zuschauer Beiträge immer kritisch hinterfragen.

Broderix wünscht sich deshalb „den misstrauischen Zuschauer“.

Genau dieses kritische Betrachten und Hinterfragen von Medien sollen die Lehrer ihren Schülern vermitteln, wozu Karl-Hermann Werner von der Medienzentrale Landkreis Augsburg, Christian Saling vom Gymnasium Füssen und Norbert Lambertz von der Krankenpflegeschule Oettingen eine Fülle von Anregungen gaben. Dabei werden die Lehrer selber zu einem Medium. Dieser Verantwortung sollten sich die Pädagogen bewusst sein. ■

Enrico Hoffmann

Am Rand notiert

„Sebnitz - ein typischer Fall von Vorverurteilung in der Presse“
(Prof. Dr. Rüdiger Funiock)

„Parteiische Berichterstattung wird heute nicht mehr akzeptiert“
(Dr. Jürgen Busche)

„Warum sollte man ‚Big Brother‘ nicht als Kulturgut verstehen?“
(Dr. Conrad F. Heberling)

„Wir werden die Medienlandschaft in zehn Jahren nicht wiedererkennen“
(Dr. Gabriele Hooffacker)

„Folge der Gewalt im Fernsehen: US-Kids erschießen Leute, nur weil sie genervt haben“
(Dr. Waldemar Vogelgesang)

„Kriegsberichterstattung - von welcher Seite auch immer - ist interessengeleitet“
(Thomas Morawski)

„Es gibt keine absolute Wahrheit“
(Karl F. Broderix)

„Das Nachrichtengeschäft ist heute ein Kurzzeitgedächtnis-Geschäft“
(Karl F. Broderix)

„Wer die Bilder beherrscht, beherrscht auch die Köpfe“
(Karl-Hermann Werner)

Steuerbarer Pluralismus oder willkürliche Anarchie?

„Globalisierung“ als Phänomen wie auch die Beschäftigung damit hat viele Facetten. Liegt auch ein Schwerpunkt der Beschäftigung mit diesem Thema immer noch auf der Frage nach den Gewinnern und Verlierern, so gesellt sich in letzter Zeit als ein weiterer die Frage nach dem ob, und wenn ja, wie denn der Prozess der Globalisierung steuer- und damit beherrschbar gemacht werden könnte, hinzu. Hierbei sind die Verhaltensregeln und Handlungsnormen der eine, die Analyse der Akteure der andere Aspekt. Für die Akademie war dies Anlass, dem Thema „Global Governance“ eine Tagung zu widmen.

Darauf, dass durch die Prozesse der Globalisierung ein erhöhter Bedarf an normativen Orientierungen zu verzeichnen sei, der aber andererseits vor dem Hintergrund vielfältiger Interessenskonflikte sowie hoher Entscheidungskomplexität nicht befriedigt werden könne, verwies ein- gangs Andreas Suchanek (Universität Eichstätt). Ethik im globalen Kontext ist nur als „Konsensethik“ zu etablieren. Globale Ethik kann sich seiner Ansicht nach nur als ökonomische Ethik durchsetzen. Es gelte, so Suchanek, mit den Mitteln der ökonomischen Methode die Interessen aller und die jeweiligen Einzelinteressen miteinander kompatibel bzw. für einander fruchtbar zu machen.

Friedrich Kratochwil (Universität München) plädierte für eine nüchterne Betrachtung der Frage. Pragmatische Lösungen durch die Etablierung verschiedener Verhandlungssysteme sorgten seiner Ansicht nach dafür, dass die Prozesse eigentlich ganz gut laufen. Dass der Staat immer noch einer der zentralen Akteure sei, ist für ihn schon dadurch gewährleistet, dass nur der Staat Eigentumsrechte garantieren könne.

Franz-Christoph Zeitler, Präsident der Landeszentralbank in Bayern, verwies darauf, dass der Begriff Globalisierung neuer sei als das Phänomen. Schon lange vor der aktuellen Debatte verfolgten die großen Religionen den Anspruch globalen Auftretens. Auch der Stand der Verflechtung der Märkte sei 1913 so hoch gewesen wie in den siebziger Jahren. Die Akzele-

rierung der Entwicklung in den letzten 25 Jahren fordert dezentrale Strukturen. Eine internationale soziale Marktwirtschaft, die „gut, fair, sozial gerecht ist und ökologische Mindeststandards erfüllt“, ist für Zeitler das Konzept der Wirtschaft für die Zukunft.



Franz-Christoph Zeitler: Globalisierung altes Phänomen

Dieter Freiburghaus (Lausanne) legte sich die Frage vor, ob der Staat des 20. Jahrhunderts im Zeitalter der Globalisierung überleben werde. Dabei stellte er zu Beginn fest, dass der Staat selbst im Laufe seiner Geschichte zum „global product“ geworden sei. Diese „Entgrenzung scheint dem Begrenzten (Staat) nun zum Schicksal zu werden“. Er vertrat ferner die Ansicht, dass es sich beim globalen System nicht um ein anarchisches, sondern um ein hochgradig strukturiertes handele.

Irene Gerlach (Universität Münster) und Peter Nitschke (Universität Vechta) stellten den Legitimationsaspekt in den Mittelpunkt ihrer Erör-

terungen. Dabei sahen sie die Gefahr, dass Legitimität als Maßstab staatlichen Handelns durch die allerorts anzutreffenden Verhandlungssysteme gefährdet sei, da diese Legitimationsketten unterbrochen würden. Allerdings ist auch unbestreitbar und -vermeidbar, dass das Politische durch die Prozesse der Globalisierung eine neue Gestalt annimmt. Expertokratische Strukturen gewinnen immer mehr an Bedeutung, Entscheidungen, die von den Bürgern als richtig empfunden werden, führen zur Zuerkennung von Legitimität. Die Europäische Union ist hierfür ein gutes Beispiel. Der Staat wird in derartigen Systemen auf die Rolle eines Verfahrens- und Gerechtigkeitsmoderators reduziert. Dennoch verbleibt das staatliche Gewaltmonopol beim Staat, was ihm auch zukünftig eine zentrale Akteursrolle sichern wird.

Politiknetzwerke

Einen denkbaren Weg, um das Problem, dass viele Politikbereiche im Moment einfach nicht bearbeitet werden sowie die defizitäre Partizipations-situation anzugehen, beschrieben Jan Martin Witte (UN Office for Project Services) und Thorsten Benner (UN Office of Development). Politiknetzwerke stellen ihrer Ansicht nach das geeignete Steuerungsinstrument dar. In ihnen wirkt die „Stärke der schwachen Bindung“ und sie erfüllen eine Reihe wichtiger Funktionen:

- Thematisierung von Problemen,
- Verhandlung und Setzen globaler Standards,
- Produktion und Verbreitung von Wissen,
- Schaffung bzw. Vertiefung von Märkten dort, wo sie fehlen bzw. schwach ausgeprägt sind,
- Implementation internationaler Vereinbarungen sowie
- Schaffung von Vertrauen sowie neuen Möglichkeiten der Partizipation.

Auf die Auswirkungen der Globalisierung auf die Interessenvertretung von Verbänden konzentrierte sich Martin Sebaldt (Universität Passau). Dabei stellte er fest, dass die Diffusion der Entscheidungsorte infolge der Globalisierung zur Diffusion der Strukturen und Prozesse der Einflussnahme, sprich des Lobbying, geführt habe. Auch er betonte, dass sich z. B. anhand der EU-Kommission sehr anschaulich nachweisen lasse, dass deliberative Verhandlungsstrukturen immer mehr um sich greifen.

Offene Fragen

In der abschließenden Podiumsdiskussion strich Jochen Flasbarth (NABU) heraus, dass er zwar auch positive Seiten der Globalisierung sehe, die negativen allerdings überwiegen würden. Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wirken in diesem Prozess als Korrektiv.

Dass auch besonders die großen NGOs wie Greenpeace oder WWF sich den Vorgaben der Medien nicht entziehen können, darauf wies Walter Homolka (früher Greenpeace, jetzt Deutsche Bank) hin. „Symbolische Politik“ ist deshalb für diese Organisationen kein Fremdwort.

Manfred Scholz, Ehrenpräsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, sprach vom Prozess der „Globalisierung“: Die globale Ebene nimmt stetig an Bedeutung zu, während die lokale Ebene ihren wichtigen Stellenwert beibehält, die dazwischen liegenden Ebenen büßen hingegen an Wichtigkeit ein.

Die Vertreter der Gewerkschaftsseite, Klaus Dittrich (DGB Bayern) und Dieter Hockel (IGBCE, Hannover) forderten aufgrund ihrer Analyse der Konsequenzen der Globalisierung für die deutschen Arbeitnehmer die Vereinbarung und Einhaltung sozialer Mindeststandards sowie weitergehende und intensivere Qualifizierungsmöglichkeiten.

Auffallend war, dass nahezu jedes Referat mit einer offenen Frage endete. Dies macht deutlich, dass im Moment noch keine abschließenden Antworten gegeben werden können. ■

Manfred Schwarzmeier



Zeichnung: Mester

Honorarprofessur für Peter Hampe

Dr. Peter Hampe ist zum Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität (TU) Dresden ernannt worden. Er hält seit 1992 mit Unterbrechungen Lehrveranstaltungen in Dresden ab. Mit dieser Ehrung fand das große Engagement Hampes jetzt seine verdiente Würdigung.



In Zukunft zwei Professoren unter einem Akademiedach. Direktor Heinrich Oberreuter gratuliert Peter Hampe (links) zur Dresdner Professur

Bayerns Jugendliche ticken anders

Arthur Fischer stellt bayerische Besonderheiten aus der Shell-Jugendstudie 2000 vor

Bayerns Jugend ist Spitz. Sowohl im positiven Sinn („Schaut besonders optimistisch in die Zukunft“), wie auch im negativen („Ist besonders ausländerfeindlich“). Dies ist zusammengefasst das Ergebnis einer bayerischen Sonderauswertung der 13. Shell-Jugendstudie 2000. Deren Teamleiter, der Frankfurter Sozialforscher Arthur Fischer, stellte sie beim Akademiegespräch im Landtag vor. Politikwissenschaftler wussten es schon längst: Bayerns Uhren gehen anders. Für die Vermutung, dass auch das Denken der Menschen, insbesondere das der Jugendlichen im Freistaat, anders strukturiert ist, lieferte Fischer empirische Belege.

Wegen seines spezifischen Ansatzes – „was die Jugend interessiert, steht im Mittelpunkt“, hat sich Fischer schon häufig Kritik eingehandelt. Doch er lässt sich nicht beirren und sagt: „Unsere Beschränktheit ist die Stärke der Studie.“ Mit einem „raffinierten Methodenmix“ (Oberreuter) kommt er einem subkutanen Umbau der Gesellschaft durch die Jugend auf die Spur: „Sie lassen das System links liegen und das System lässt sie kalt.“

Rund 4500 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren wurden befragt, davon 687 in Bayern und rund 800 in den neuen Bundesländern. Dabei stellte

sich heraus, dass bayerische Jugendliche ihre persönliche Zukunft insgesamt positiver beurteilen (55,7%) wie ihre westdeutschen Altersgenossen (48,8%). Und auch bei der Frage nach der gesellschaftlichen Zukunft sehen Bayern weniger schwarz (29,3%) als Gleichaltrige im Rest der alten Bundesrepublik (36,1%).

Bei ihrer Lebenshaltung und -einstellung nehmen bayerische Jugendliche mehr Rücksicht auf andere (44,5%) als die Vergleichsgruppe (36,7%). Aber auch hier steht bei einer Mehrheit die Verfolgung eigener Interessen und Ziele im Vordergrund (55,5%). Die



Arthur Fischer: „Die Mehrheit der Jugendlichen hat sich von der etablierten Politik in Parteien und Parlamenten abgekoppelt und ist auch für politische Bildung nicht erreichbar.“

berufliche Selbständigkeit steht für mehr Jugendliche in Bayern als Ziel vor Augen (25%) als in den anderen alten Bundesländern (knapp 20%).

Bayerns Jugendliche beurteilen den Erziehungsstil ihrer Eltern häufiger als streng oder sehr streng (40,6% zu 34,3%). Auch bei allen Fragen nach religiöser Erziehung und Einstellung erweist sich die bayerische Jugend als kirchengebundener.

„Was die Jugend interessiert, steht im Mittelpunkt“

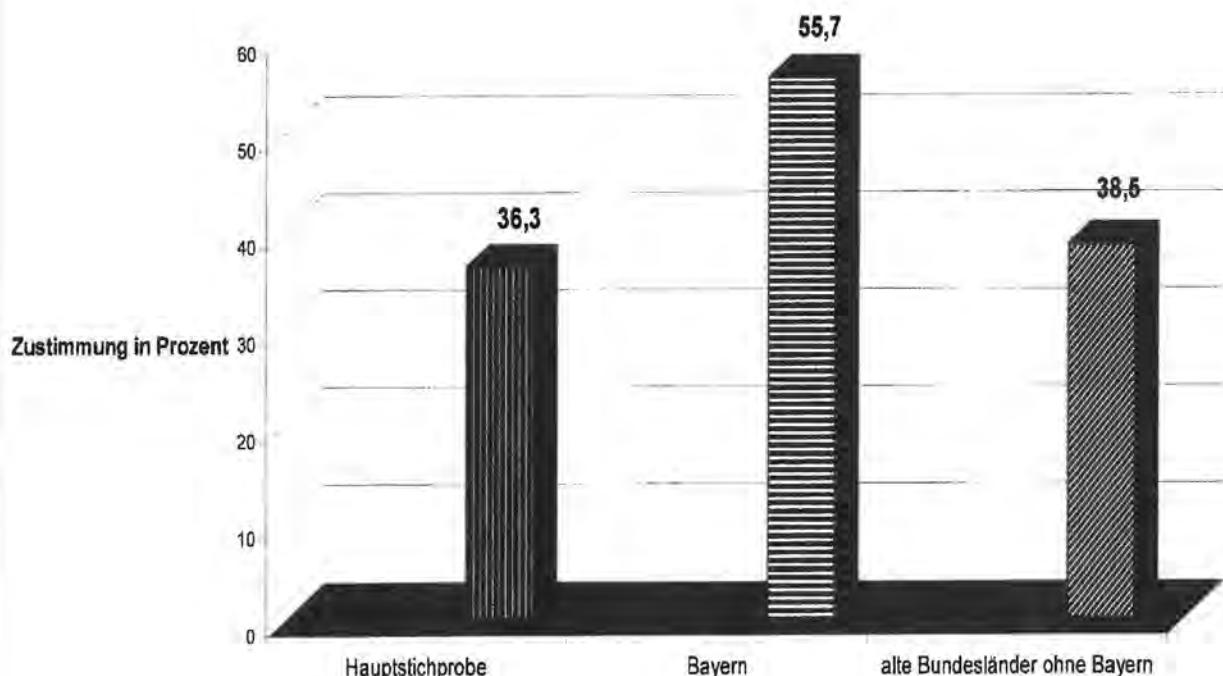


Karikatur: Mester

Der Slogan von „Laptop und Lederhose“ hat die Mehrheit offenbar noch nicht überzeugt: in den anderen alten Bundesländern nutzen rund 10% mehr Jugendliche (54,6%) Computerspiele als in Bayern (44,4%). Hier spielt sich die Freizeit noch mehr in Vereinen ab (48% gegenüber 43%).

"Ich will die eigenen Kinder auf jeden Fall religiös erziehen"

Quelle: Shell-Jugendstudie 2000



Das politische Interesse der bayerischen Jugendlichen liegt mit 46% nur unwesentlich über dem der in den anderen westlichen Bundesländern (45,3%). Dazu Fischer: „Die Mehrheit hat sich von der etablierten Politik in Parteien und Parlamenten abgekoppelt und ist auch für politische Bildung

Erschreckende Zahlen präsentierte Fischer beim Themenkomplex Ausländerfeindlichkeit. Durch eine ganze Reihe von Fragestellungen wurden Einstellungen gegenüber Fremden und Ausländern gemessen. Danach wurden 25,8% der bayerischen Jugendlichen ausländerfeindliche Haltungen zugeschrieben. Die liegen damit statistisch signifikant über den Jugendlichen in den anderen westlichen Bundesländern (24,7%) und auch noch über dem Wert der gesamten Stichprobe, also unter Einbeziehung der neuen Bundesländer

(25,4%). Diese Zahlen bringen den Sozialforscher in Erklärungsnot: normalerweise ist die Fremdenfeindlichkeit höher, wenn die Zukunftsaussichten eher pessimistisch beurteilt und die wirtschaftliche Lage schlecht geschen

werden. Beides ist jedoch in Bayern nicht der Fall. Auch die den bayerischen Jugendlichen aus den Daten zugeschriebene hohe Zukunftskompetenz widerspricht den registrierten rechtsextremen Äußerungen. Fischer etwas ratlos und auch ohne hinreichende Erklärung: „Dieses Ergebnis passt eigentlich nicht ins Bild.“

Die Zuhörer rätselten nach dem Vortrag weiter: sind vielleicht autoritäre Strukturen in Familie, Kirche, Politik, Schule und Gesellschaft Schuld an dieser dunklen Kehrseite der ansonsten glänzenden weiß-blauen Medaille? ■

Michael Schröder

nicht erreichbar.“ Der Begriff „Politik“ sei nicht emotional besetzt: „Politik lässt sie kalt.“ Das Politische im Alltag würde nicht deutlich gemacht: „Der Politik gelingt es nicht, ihre Bedeutung klar zu machen.“

Deutschland aus der Nähe

Skandinavische Lehrer in einem Programm mit Zeitgeschichte, aktueller Politik und Kultur

Das Seminar reichte von A wie Ausländerpolitik über K wie Kultur und Z wie Zukunft des Alpentransits und umfasste 67 Stunden dichtgepacktes Programm in sechseinhalb Tagen: 18 Lehrer aus Skandinavien erlebten Deutschland aus der Nähe. In Kooperation mit Sybille Trapp vom Goethe-Institut Oslo wurde das Konzept entworfen und finanziert.

Zeitgeschichtliche Themen aus der deutschen Nachkriegszeit bildeten die Grundlage der späteren Diskussionen.

Gegenwart und Geschichte

Der Berliner Historiker Benno Fischer erläuterte die Entstehungsgeschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 und den Weg zur deutschen Einheit im Oktober 1990. Ein histo-

Deutschland diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass die Gefahr von rechts nicht allein ein deutsches, sondern ein europäisches Problem ist.

Ökologie

Einen Lernort der besonderen Art präsentierte Riccarda Schamberger vom Zentrum für Umwelt und Kultur (ZUK) im Kloster Benediktbeuern. Diese ökologische Bildungsstätte ver-



Auf den Spuren des Nationalsozialismus in München: die skandinavischen Gäste beim Stadtrundgang

Fotos: Scheffler

rischer Stadtrundgang in München auf den Spuren des Nationalsozialismus sowie der Besuch der Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau führte den Teilnehmern die Gegenwart der Geschichte vor Augen. Vor diesem Hintergrund wurden die aktuellen Probleme des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit in

fügt über mehrere Freiland-Biotope, in denen die Teilnehmer - ausgestattet mit Kesichern und Sieben - auf die Jagd nach Molchen, Fröschen und Libellenlarven gingen.

Besonders interessiert zeigten sich die Gäste auch am Vortrag von Christian Marek, Rektor in München und Personalratsvorsitzender der Münchner

Stimmen der Teilnehmer:

„Da ich aus einem Land komme, wo Ausländerfeindlichkeit heute eine unangemessen große Rolle spielt, ist es für mich sehr wichtig gewesen, besonders diese Punkte zu studieren.“

„Beeindruckend war der Besuch in Benediktbeuern, wo Frau Schamberger sich als eine sehr engagierte und charismatische Referentin zeigte.“

„Gewinnbringende Denkanstöße von allen Referenten, die trotz der ernsthaften Themen mit einer Portion Humor serviert wurden.“

„Ich bin überzeugt, dass Deutschland seine Rolle in Europa nicht noch einmal missbrauchen wird.“

„Eine ganz gelungene, informative, aufschlussreiche Tagung. Das Programm war vielfältig und interessant gestaltet.“

„Der Kurs hat eine Vielfalt an Landeskunde aufgewiesen. Lernen durch Erfahren und Erleben, das bleibt länger in Erinnerung und aktiviert kreative Ideen.“

„Wieder zurück in Dänemark. Ich möchte mich bei allen in der Akademie bedanken für eine wahnsinnig tolle, schöne, lehrreiche, anstrengende Woche!“

„Eine Erfahrung reicher wurden wohl auch alle durch den Besuch im Gymnasium und in der Hauptschule von Tutzing, wo wir verschiedenen Unterrichtsstunden beiwohnten, einige von uns sogar sehr aktiv. Unsere "Islamkollegen" von der Paralleltagung hatten uns schon wegen des skandinavischen Schulsystems benedict, und wir erlebten auch einige Beispiele dafür, dass es bestimmt nicht ideal ist, die Kinder schon mit 10-11 Jahren in eine bestimmte Ausbildungsrichtung zu schicken.“

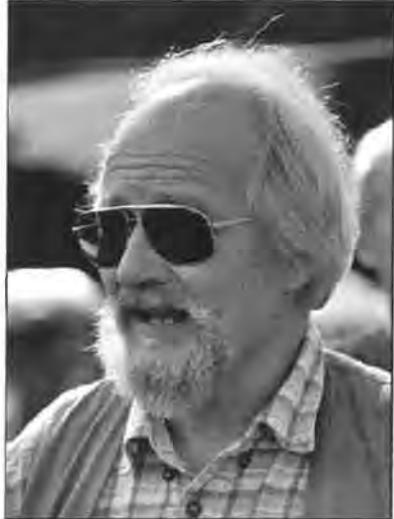
Volksschullehrer. Er hatte die schwierige Aufgabe übernommen, den gesamtschulorientierten Skandinaviern das dreigliedrige bayerische Schulsystem zu erläutern. Schule fand jedoch nicht nur theoretisch statt: die Lehrer aus dem hohen Norden besuchten den Unterricht an Tutzinger Schulen. Dafür und für Gespräche mit Schülern und Lehrern hätten sie gerne noch mehr Zeit gehabt.

Umwelt

Helmut Klein vom Bund Naturschutz präsentierte auf einer Rundfahrt durch das Voralpenland die fortschreitenden Bergwaldschäden und das Baumster-



Das Bergwaldsterben am Herzogstand im Visier



Helmut Klein zeigte die dramatische Zerstörung des Schutzwaldes in den Alpen

Riccarda Schamberger erklärt die Fänge aus dem ZUK-Biotop



Freier Blick fast bis nach Grönland vom Hohenpeißenberg

ben am Herzogstand und am Wank. 35 Millionen DM seien am Walchensee bereit in die Aufforstung des Schutzwaldes und in den Lawinenschutz investiert worden. „Umsonst“, wie Klein meint: „Der Wald wird immer weniger, weil das viel zu zahlreiche Wild alles kurz und klein beißt.“

Kultur

Theaterbesuche in München und eine Exkursion durch Naturschutzgebiete des Ammertals und zu den kunstgeschichtlichen Kleinodien des Pfaffenwinkels rundeten das Programm ab. ■

Michael Schröder

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltssmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. Bisher wurde ein Publikationsprojekt und der Akademie-Bus durch den Förderkreis finanziert.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt DM 50,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50
Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSEERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.
 Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Desinteresse und fatale Unkenntnis

Prominentes Bündnis will „humanes Zusammenleben“ fördern

Zu einer ersten Diskussion über die Frage, wie denn die Gräben zwischen Ost- und Westdeutschland kommunikativ zuzuschütten seien, traf sich Mitte Februar ein kleiner Kreis namhafter Persönlichkeiten aus Ost und West in der Akademie.

Die Runde, die von Elisabeth Noelle-Neumann, Edzard Reuter sowie Heinrich Oberreuter initiiert wurde, widmete sich dabei zum einen einer ersten Bestandsaufnahme, wo denn die Brüche angesiedelt seien, sowie andererseits der Beratung, was konkret dagegen getan werden könnte.

Als Grundlage für die Diskussion stellte Wilhelm Haumann vom Institut für Demoskopie Allensbach erhobene Daten vor. Dabei wurde nur zu deutlich, dass zwischen Ost und West die Stereotypenbildung in der Eigen- bzw. Fremdwahrnehmung weit verbreitet und tief verankert ist: So gefällt sich ein großer Teil der Ostdeutschen in der Rolle der Opfer, die von den „Wessis“ betrogen wurden, die Westdeutschen attestieren den „Ossis“ ungenügenden Fleiß und mangelndes Selbstbewusstsein. Umgekehrt herrscht das Bild des „Wessis“ vor, der mit unglaublicher Arroganz auftritt und sich für die besonderen Belange der Ostdeutschen in keiner Weise interessiert. Solche Vorurteile aufzubrechen – dies zeigen die empirischen Befunde – kann nur gelingen, indem persönliche Kommunikation das Aufeinanderzugehen zur persönlichen Erfahrung werden lässt.

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker wies darauf hin, dass bezüglich des Interesses am Nachbarn nicht nur in Deutschland ein Gefälle zwischen Ost und West zu konstatieren sei, sondern europaweit. Das Desinteresse des Westens am Osten führt dabei zu fatalem Unkenntnis. Diese Entwicklung ist vor allem eine Folge der einseitig verteilten Veränderungslasten. Der Westen war eben nach der Wende nicht gezwungen, über sich nachzudenken und nicht mehr selbstzufrieden im „eigenen Saft zu kochen“.

Der Journalist Claus Detjen, als „Wessi“ lange Jahre in Frankfurt an der Oder tätig, sah die Probleme in erster

Linie darin begründet, dass die DDR eine völlig entstrukturierte Gesellschaft in das gemeinsame Deutschland entlassen habe. Dass damit – positiv betrachtet – die Menschen in der DDR eine Entwicklung vorweggenommen haben, die den Westdeutschen noch bevorsteht, dass die Ossis damit „moderner“ seien als die Wessis, darauf wiesen andere Teilnehmer hin.

meint. Der ehemalige sächsische Minister Steffen Heitmann bedauerte, dass im Osten große Enttäuschung darüber herrsche, dass der Wohlstand „leer“ sei. Was fehlt, sind Werte, mit denen sich auch gerade junge Leute identifizieren könnten. Dieses Vakuum könne man nur überwinden, indem man gemeinsame Zukunft entwickelle. Die intensivere Vermittlung des „humanen Zusammenlebens“, diesem Wertauftrag der Demokratie, sollte Richard von Weizsäcker zufolge wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.

Breite Zustimmung fand der von Frau Noelle-Neumann schon früher entwickelte Vorschlag, einige hundert Personen aus Ost- und Westdeutschland, Leute, „begabt zur Kommunikation“ und aus allen Schichten, sollten sich



Karikatur: Mester

Heinrich Oberreuter sprach in diesem Kontext von Ostdeutschland als dem „Nukleus der Gesellschaft der Zukunft“.

Die Frage von Richard von Weizsäcker aufgreifend, welche Werte es denn seien, die die Ostdeutschen bei den Westdeutschen erkennen würden, wies der Dresdner Oberkirchenrat Eduard Berger darauf hin, dass die Gesellschaft in der Tat Ziele brauche, und damit seien nicht materielle Ziele ge-

verpflichten, jedes Jahr drei persönliche Kommunikationen zwischen Ost- und Westdeutschland zu übernehmen. Dabei könnte es sich um kleine private Einladungen handeln oder große Veranstaltungen wie z. B. wissenschaftliche Colloquien.

So könnte jeder seinen individuellen Möglichkeiten gemäß dazu beitragen, die Kluft zwischen Ost und West schrittweise zu überbrücken. ■

Manfred Schwarzmeier

Die Zukunft der direkten Demokratie

Internationale Fachtagung diskutiert Vor- und Nachteile von Plebisziten

In Deutschland ist in den vergangenen Jahren eine lebhafte wissenschaftliche und politische Diskussion darüber entbrannt, wie direktdemokratische Elemente in das System der repräsentativen Demokratie am besten zu integrieren seien. Auf Kommunal- und Landesebene wurden direktdemokratische Verfahren in letzter Zeit deutlich ausgeweitet. Doch das Volksbegehren und der Volksentscheid auf Bundesebene konnten noch nicht durchgesetzt werden. Der „Zukunft der Direkten Demokratie“ widmete sich deshalb eine international besetzte Fachtagung unter der Leitung von Prof. Dr. Heinrich Oberreuter in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Jürgen Gebhardt und der Amerika-Akademie München.

Plebiszitäre Elemente sind in den meisten westlichen Ländern vorhanden, doch ausschließlich in der Schweiz und in einigen US-amerikanischen Bundesstaaten gelten die Mittel der Volksgesetzgebung als integraler Bestandteil des dortigen politischen Systems. Diesen Staaten kommt eine Vorbild- und Vorreiterrolle zu, von der man je nach politischem Standpunkt lernen oder vor der man warnen kann. Die Referenten aus den USA und der Schweiz boten nicht nur eine Beurteilung der direkten Demokratie in ihren Ländern, sondern wagten auch einen Ausblick auf die zu erwartenden Entwicklungen.

ausgewählten Beispielen. Schließlich fragte er, ob ein EU-Beitritt der Eidgenossen mit dem direktdemokratischen Recht der Schweiz vereinbar sein würde.

Michael Bützer vom Zentrum für direkte Demokratie an der Universität Genf stellte sein Forschungsprojekt über die Lokaldemokratie in der Schweiz vor. Der Schwerpunkt lag auf der Meinungsfindung der Bürger durch die Medienkampagne und während der parlamentarischen Phase. Er stellte voran, dass die schweizerischen Behörden bei der Volksgesetzgebung in nur einem von fünf Fällen mit ei-

Die Bürger in der Schweiz informieren sich laut Bützer zu 60 Prozent aus den von den Behörden bereitgestellten Informationsbroschüren.

„Hummerfallen-Phänomen“

Simone Chambers von der University of Colorado in Boulder hob das Problem der Unumkehrbarkeit einer direktdemokratischen Entscheidung hervor. Sie bezeichnete dies als „Hummerfallen-Phänomen“. Nach Chambers Ansicht ist die USA noch weit davon entfernt ein Gesetzesreferendum auf nationaler Ebene einzuführen, obwohl viele Bundesstaaten einer Verfassungsergänzung mit Hilfe einer Volksinitiative zustimmen.



Dane Waters: Einfluss der „initiative industry“ in den USA

Fotos: Scheffler

Dane Waters vom Initiative and Referendum Institute, Washington D.C., richtete sein Augenmerk auf den Einfluss der sogenannten „initiative industry“ auf die Zukunft des Volksgesetzgebungsprozesses. Er ließ nicht außer Acht, dass einflussreiche und zahligskräftige Einzelpersonen und Gruppen zur Durchsetzung ihrer Interessen eine erfolgversprechendere Ausgangsposition innehaben und sich der „initiative industry“ bedienen können. Er zog daher den pragmatischen Schluss: „Those, who can't, will be



Hans-Urs Wili (r.): Erfahrungen aus der Schweiz. Links Jürgen Gebhardt

Dr. Hans-Urs Wili von der Berner Bundeskanzlei berichtete über Erfahrungen mit direktdemokratischen Elementen in der Schweiz. Er gab darüber hinaus Auskunft über die Häufigkeit von Mitteln der Volksgesetzgebung in anderen Staaten der Welt anhand von

ner Niederlage zu rechnen hätten. Die Konsensfindungsstrategie des Parlamentes in der Gesetzgebung sowie die Kooperation der größten politischen Parteien in eine dauernde Regierungskoalition sind nach Bützers Meinung für dieses Ergebnis von Bedeutung.

shut out just as they are shut out of the normal legislative process.“ Waters ist der Auffassung, dass trotz allem die „industry“ von Vorteil ist, da diese es den Bürgern vereinfacht ermöglicht, sich der politischen Entscheidungsprozesse zu bedienen.



Hans-Georg Wehling: vom Gemeinderat initiierte Begehren sind besonders erfolgreich

Prof. Hans-Georg Wehling von der Universität Tübingen unterstrich, dass der Erfolg eines Bürgerentscheids in großem Maße von der Kommunikations- und Organisationsstruktur einer Gemeinde abhängig sei. Er gab zu bedenken, dass ein Bürgerentscheid darüber hinaus weit erfolgreicher sei, wenn er vom Gemeinderat initiiert werde. Eine Ausnahme gelte bei Straßenbauplänen. Wehling ist der Auffassung, dass ein Bürgerentscheid kein Mittel sei, politikverdrossene und disinteressierte Bürger zur Wahlurne zu locken. Es seien die gleichen Wählergruppen, die sich an Bürgerentscheiden wie auch an Kommunal- und Bundeswahlen regelmäßig beteiligen.

Gerald Häfner vom Verein „Mehr Demokratie“ sprach sich vehement dagegen aus, eine Einführung direktdemokratischer Verfahren wegen der Erfahrungen in der Weimarer Republik abzulehnen. Seiner Meinung nach beabsichtigten die Väter des Grundgesetzes durchaus solche Elemente in das politische System der BRD zu integrieren. Dies begründete er mit Artikel 20 des Grundgesetzes, in dem festgelegt ist, dass alle Staatsgewalt durch Wahlen und Abstimmungen vom Volke ausgeht.

Die Referenten:

Michael Bützer, Forschungsassistent am Centre pour la Democratie Directe (C2D), Université de Genève

Prof. Dr. Simone Chambers, University of Colorado, Boulder

Prof. Dr. Jürgen Gebhardt, Universität Erlangen/Nürnberg

Gerald Häfner, „Mehr Demokratie“ e.V., München

Prof. Dr. Hermann K. Heußner, Katholische Fachhochschule, Osnabrück

Bruno Kaufmann, ZEIT-Reformwerkstatt, Stockholm

Prof. Dr. David Magleby, Brigham Young University; Provo, Utah

Robert M. Stern, President of the Centre for Governmental Studies, Los Angeles, California

Dane Waters, President of the Initiative and Referendum Institute, Washington, D.C.

Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, Universität Tübingen

Dr. Hans-Urs Wili, Bundeskanzlei Bern

Tagungsleitung:

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Akademiedirektor

Prof. Dr. Jürgen Gebhardt, Universität Erlangen/Nürnberg



Gerald Häfner: Ablehnung von Plebisziten nicht mit Weimarer Erfahrungen begründen

Erfolgsbremse

Die Befürworter bundeseinheitlicher direktdemokratischer Entscheidungsverfahren kritisierten die Verfahrenshemmisse zur Durchführung von Volksbegehren und Bürgerentscheiden, die zweifellos eine Erfolgsbremse darstellen. Genannt wurden die starren Öffnungszeiten der Gemeindebüros im Zuge der Unterschriftensammlung (amtliches Eintragungsverfahren), die relativ kurz bemessene Sammelfrist sowie die zu hoch angelegten Quoren.

Zur Debatte stand in diesem Zusammenhang auch, ob das bisherige amtliche Eintragungsverfahren erhalten bleiben soll oder ob eine freie Unterschriftensammlung (zum Beispiel in Form von Initiativständen in Fußgängerzonen oder mit Hilfe des Internets), wie es in den Vereinigten Staaten praktiziert wird, effektiver wäre. Des Weiteren wurde der Abstimmungsmodus von simplen „Ja“- und „Nein“-Optionen kritisiert.

Reformbedarf?

Am Schluss wurde die Frage aufgeworfen, ob sich der bundesdeutsche Föderalismus und die Länderkompetenzen mit diesen direktdemokratischen Elementen vertragen würde oder ob hier Reformbedarf bestünde. ■

Katharina Scheffler



Jürgen Weber:

Deutsche Geschichte 1945 - 1990

München 2001, 360 Seiten

Kostenloser Bezug beim Herausgeber:

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit,
München

Diese Publikation unternimmt nicht den Versuch, die Vielzahl an teilweise ja auch öffentlich so engagiert diskutierten Aspekten bei der Analyse und Bewertung von Zeitgeschichte aufzunehmen und zu reflektieren. Die mit dieser Veröffentlichung verfolgten Zielsetzungen sind somit zwar bescheidener, aber durchaus noch ehrgeizig genug: Es geht hier darum, die Gesamtheit der Abläufe vom Ende der nationalsozialistischen Diktatur bis zur Wiederherstellung einer gesamtdeutschen Staatlichkeit im Jahre 1990 auf knappem Raum in leichtfasslicher Weise zu strukturieren, so dass die Leser ein Daten- und Faktengerüst erhalten, das ihnen bei der Orientierung hilft und auf dem sie, wenn sie weiter nachforschen wollen, aufbauen können.



Heinrich Oberreuter (Hrsg.):

Umbruch '98

Wähler - Parteien - Kommunikation

Olzog Verlag GmbH, München, 2001; 288 S., DM 29,-

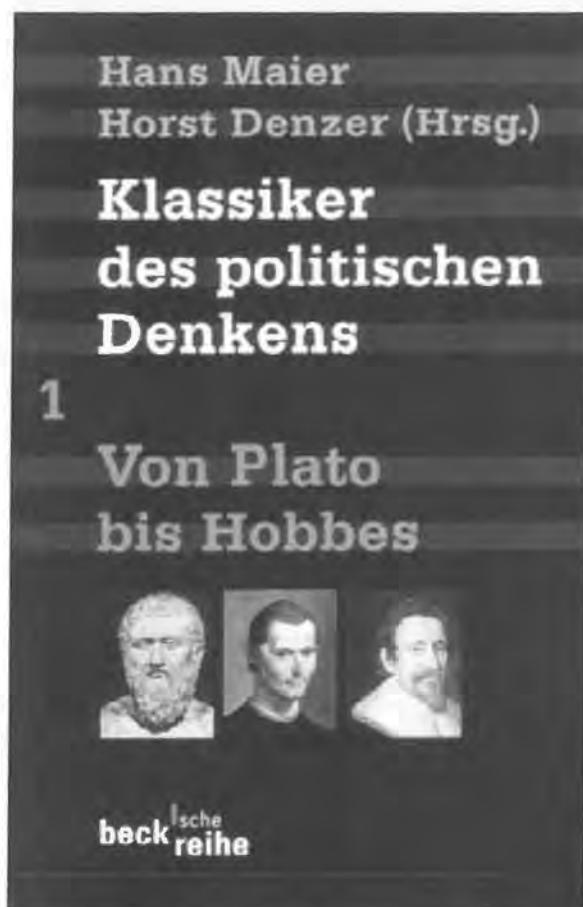
Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik tauschten 1998 Regierung und Opposition allein durch Wahlen ihre Rollen. Von größerer und langfristiger Bedeutung sind allerdings Veränderungen bei den Einstellungen der Wähler, der Wandel im Parteiensystem, die Professionalisierung der Wahlkampagne und die Schlüsselstellung der Medien. Noch nie war ein Wahlkampf in Deutschland so sehr auf das Fernsehen ausgerichtet, noch nie wurde die gestiegene Wechselbereitschaft der Wähler so deutlich über die Medien stimuliert. Perfektes personalisiertes Kampagnenmanagement setzte neue Standards. Der Umbruch '98 ist zugleich ein Aufbruch in ein neues Wahlzeitalter.

Das Buch versammelt Wahlanalysen, Reflexionen zum Wahlkampf, Analysen zum Parteiensystem und zum Einfluss der Medien.

Die Autoren:

Wolfgang Donsbach
Jürgen W. Falter
Wolfgang G. Gibowski
Richard Hilmer
Christina Holtz-Bacha
Olaf Jadura
Hans Mathias Kepplinger

Renate Köcher
Patrick Moreau
Heinrich Oberreuter
Klaus Preschle
Bernd Schoppe
Hans-Joachim Veen
Siegfried Weischenberg



Aus dem Inhalt von Band 1:
Plato - Aristoteles - Cicero - Augustin - Thomas von Aquin - Dante - Marsilius von Padua - Machiavelli - Thomas Morus - Luther - Vitoria - Bodin - Grotius - Hobbes

Die „Klassiker des politischen Denkens“ haben sich mit sechs Auflagen über mehr als 30 Jahre hinweg erfolgreich verkauft und werden nun in neuer Ausstattung in der Beck'schen Reihe vorgelegt. Alle Beiträge sind überarbeitet worden; über die Hälfte davon wurde gänzlich neu geschrieben.

„Es gibt keine bessere Zusammenschau, die gleichermaßen für den Laien wie für den berufsmäßig mit der Politik Befassten geeignet ist.“

Süddeutscher Rundfunk

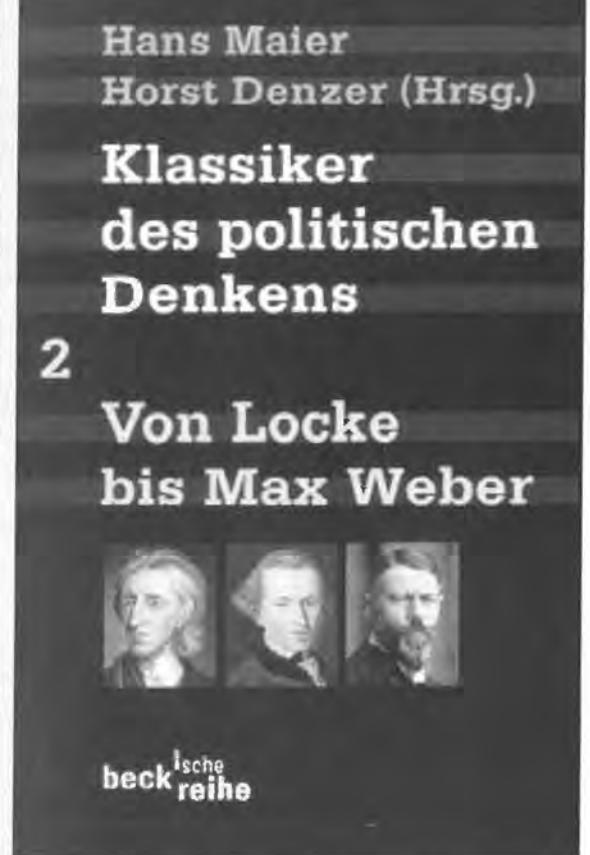
Hans Maier, Horst Denzer (Hrsg.):
Klassiker des politischen Denkens

Bd. 1 Von Plato bis Hobbes

Verlag C.H. Beck München, 2001; 256 S.,
DM 24,90

Bd. 2 Von Locke bis Max Weber

Verlag C.H. Beck München, 2001; 251 S.,
DM 24,90



Aus dem Inhalt von Band 2:
Locke - Pufendorf - Montesquieu - Rousseau - „The Federalist“ - Kant - Burke - Sieyes - Hegel - de Tocqueville - J.St.Mill - Marx - Nietzsche - Max Weber

Karin Höh-Knüppel im STARNBERGER MERKUR vom 23. Januar 2001 über die Tagung „Amazonen mit Homepage“:

Künstlerinnen auf der Datenautobahn

... Die Tagung in Tutzing zeigte, dass die Zielsetzung nach mehr Kommunikation und Information mit den Interessen der Künstlerinnen übereinstimmt. Innerhalb dieses durch Renate Schmidt eröffneten Symposiums wurde erstmals mit „Technologiefortschritt und Kunstentwicklung“, abgehandelt von Prof. Dr. Lydia Hartl, Dozentin an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe und Inhaberin des Lehrstuhls für Kultur und Medien in Orléans, die kunsttheoretische Herleitung der Entwicklungsgeschichte der neuen Medien in einen Kontext gestellt zu der aktuellen Situation auf dem Kunstmarkt und zu der Vorstel-

lung von Kunstprojekten im Internet. Zugleich wurde ein Chatroom eingerichtet und die Möglichkeit zu praktischen Versuchen im Computerraum gegeben. Ob digitale Bildbearbeitung, Computeranimation, Digitalkomposition, Internetdrama oder Video-Kino – alle Präsentationen und Vorträge waren überfüllt. Jürgen Maruhn und Michael Schröder von der Akademie waren ebenso überwältigt und überrascht von der begeisterten und nimmermüden Akzeptanz durch die Künstlerinnen wie die Projektleiterin Carla Zipser. ...

Doris Näger berichtet in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 20. Februar 2001 über die überparteiliche Schülerinitiative „Schüler machen Schule“, die in der Akademie zentrale Punkte ihrer Forderungen erarbeitet hatte:

Die junge Koalition

... Cataldo und Trentinaglia haben zusammen mit Stefan Kohlmüller, Erik Themar, Kilian Geiser und Fabian Ziegler das partei- und organisationsübergreifende Bündnis „Schüler machen Schule“ geschlossen und ein 17 Seiten umfassendes Papier mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der Gymnasien erarbeitet. „Bildung ist zu wichtig, um es einer Partei zu überlassen“, sagt Cataldo. ...

... Sie fordern mehr Sozialkunde-Unterricht, eine Bewertung der Lehrer, eine Reform des Schulforums und die Abschaffung der Schülerzeitungssenzur.

Die Geschichte beginnt im vergangenen Sommer: Der pädagogische Leiter des Kreisjugendrings (KJR), Gerhard Wagner, lädt Parteien und Schülerorganisationen zu einem Austausch über die Situation an den Schulen ein.

30 Interessierte kommen. „Einige hatten sehr interessante Ansätze“, erinnert sich der Schüler-Union-Mann Stefan Kohlmüller, der für die Junge Union den ersten Entwurf des bildungspolitischen Programms geschrieben hat. Ein nächster Termin wurde vereinbart, man verabredete sich via E-Mail und vereinbarte bald, ein Papier zu erarbeiten. „Jeder spezialisierte sich ein bisschen, erarbeitete eine Diskussionsgrundlage“, erzählt Kohlmüller. Über die Formulierungen wurde gestritten: „Zwar nicht über Punkt und Komma, wie ich es aus politischen Kreisen kenne. Aber über die Inhalte haben wir diskutiert.“ Die Politische Akademie in Tutzing stellte zwei Tage lang Räume zur Verfügung, die Landeszentrale für Politische Bildung unterstützte die Forderung nach mehr Sozialkunde-Unterricht. ...

Nike Sauerwald in der Starnberger SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 22. Januar 2001:

Dada der Elektronik

... Zum Abschluss präsentierten die Komponistin Helga Pogatschar und die Lyrikerin Alma Larsen die Urauf-



Alma Larsen: „Du bist so lustlos wie ein Hocker, ach, dann sitz mal ab, du alte Klappstulle.“

Foto: ms

führung eines Hörspiels mit Live-Sprecherin und Echtzeit-Elektronik. „Das H suchen oder wie Stuhl und Lust“ lautete der Titel des sehr witzigen Hörspiels mit Musik und Sprache. Rund um die Liebesgeschichte zwischen zwei Klappstühlen, eine humorvolle Metapher auf die menschlichen Beziehungskisten, wird mit Worten und Tönen gespielt. Zwischen elektronisch aufbereiteten Tangos und Rumbas spricht Alma Larsen den Text ins Mikrofon, die Frequenz ist verzerrt, mal Micky Maus, mal männlich tief. Sie keucht und turtelt, während sich das Publikum bestens amüsiert. Natürlich ist das alles nicht ernst gemeint, aber das Spiel gehört eben auch zur Kunst. Und wie hieß es doch in dem Text: „Du bist so lustlos wie ein Hocker, ach, dann sitz mal ab, du alte Klappstulle.“ Ein bisschen Dada und viel Elektronik. Eine absolut gelungene Performance.

(siehe Seite 6)

Achim Beyer in DEUTSCHLAND ARCHIV, 2001/Heft 1:

Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur

Die Politische Akademie Tutzing ist seit den ersten DDR-Forschungstagen Ende der sechziger Jahre, die in diesem Hause stattfanden, bekannt für exzellente Konferenzen zur DDR-Thematik. Vom 19. bis 21. Oktober 2000 stand „Der Schein der Normalität – Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur“ auf dem Programm. Dem Veranstalter war daran gelegen, die Fülle von neuen Erkenntnissen über die DDR, die vielfach nicht mit der persönlichen Erinnerung ihrer Bewohner überein zu stimmen scheinen („nostalgische Rückerinnerungen“), diskutieren zu lassen, und von Historikern zu erfahren, ob die DDR eine „Nischengesellschaft“ (Gaus), eine „kommode Diktatur“ (Grass), eine „Fürsorgediktatur“ (Jarausch) oder ein „totalitärer Versorgungs- und Überwachungsstaat“ (Schröder) gewesen sei. Für Stefan Wolle (Berlin) ist der Alltag eine zentrale Kategorie. Das finde seinen Ausdruck in der heute vielfach zu hörenden Klage: „Ich lasse mir meine Biographie nicht rauben!“ Wolle behandelte sieben miteinander verwobene Strukturelemente der DDR-Gesellschaft: Paternalismus (als Personalisierung der Macht, Sehnsucht nach „Vater Staat“, pädagogischer Anspruch des Staates, totale Kontrolle); Immobilität (nicht nur räumlich, sondern auch sozial); Ideologisierung (z.B. marxistisch-leninistische „Verwissenschaftlichung“ und „Entkirchlichung“); soziale Nivellierung (bei gleichzeitiger Privilegierung); ständig gewachsene Militarisierung zur Abwehr „ideologischen Giftes“ schon im Kindergarten („Spionomanie“); Intransparenz (Fehlen von Öffentlichkeit, „Geheimhaltungsmanie“); ökonomischer Voluntarismus (Verwaltung des Mangels, DDR als „Schmarotzerdiktatur“). Dennoch hätten sich etwa 50 Prozent der Bürger in diesem

Staat wohlgefühlt, ja ihn als „auffallend idyllisch“ empfunden. ...

... Sehr spannend und engagiert informierte Freya Klier (Berlin) in einer Mischung aus Vortrag und Lesung aus ihrem Buch „Lüg Vaterland“ über den „Schlüssel zur Macht – sozialistische Bildung und Erziehung“. Sie unterschied dabei vier Phasen: Nach 1945 wurde zunächst die kritische Intelligenz ausgeschaltet und eine negative Auslese getroffen. In der zweiten Phase (1948 – 1952) wurde von den Lehrern gefordert, „Propagandisten der neuen Ordnung“ zu sein; die Folge war ein Machtkampf zwischen Stalinisten und Demokraten. Danach (1953 – 1961) gab es auch unter Lehrern eine Massenflucht; nur noch ausgewählte Kinder wurden zum Studium zugelassen. Spätestens jetzt sei das Bildungswesen zur „Sortiermaschine“ degeneriert. In der vierten Phase (1962 – 1989) wurde ein ambivalentes Jugendgesetz verabschiedet und kritische Intelligenz weiterhin „heraus expediert“, dennoch sei zunehmend Begabung gefördert worden („Messe der Meister von morgen“). Gleichzeitig habe sich jedoch die Ideologisierung verschärft. Derzeit gebe es in den Schulen der neuen Bundesländer kaum eine kritische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur; viele alte Lehrer aus der DDR-Zeit hätten – auch mit Hilfe von Stasi-Offizieren – „überwintert“ und würden inzwischen „fast geräuschlos wieder untergebracht“.

... Die ausgiebigen und teilweise heftig geführten Gespräche am Rande der Tagung zeigten, wie wichtig es ist, Alltag und Herrschaft in der DDR weiter zu diskutieren, auch, um verbreitete unklare Vorstellungen zu korrigieren.

STARNBERGER MERKUR vom 3. April 2001 über die Tagung „Demokratie in der Spaßgesellschaft“:

Ist nur noch Spaß gefragt?

Comedy, Talkshows, Leute in Containern, die sich begaffen lassen: Landet die Demokratie in der „Spaßgesellschaft“?

Die Frage, die Tutzings Akademie für Politische Bildung und der Bayrische Rundfunk (BR) am Wochenende zu klären versuchten, bewegt die Gemüter. Im Hinblick auf den zu unkonventionellen Aktivitäten aufgelegten FDP-Politiker Jürgen Möllemann prägte jemand das Wort „Möllmannisierung“: Sensationsmache, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Bei kommerziellen Sendern ist Information ein Unterfall von Unterhaltung, bestätigte Werner Schwaderlapp offen, deutscher Geschäftsführer der Produktionsfirma Endemol („Big Brother“). Wie demgegenüber öffentlich-rechtliche Sender Minderheiten zu bedienen versuchen, untermauerte BR-Hörfunk-Chefredakteur Johannes Grotzky so: Zwei Massenprogramme brächten es zusammen auf 40 Prozent Einschaltquote, eines der „Minderheitenprogramme“ aber nur auf zweieinhalb Prozent. Es koste jedoch doppelt so viel. ...

... Etliche Politiker kämen nicht ohne „Doping“ in Form von Aufmerksamkeit aus, sagte Politologe Prof. Ulrich Sarcinelli (Uni Landau-Koblenz): „Vielen geht es schlecht, wenn sie nicht in Talk-Shows oder wenigstens Regionalzeitungen auftauchen.“ Das kennt auch Bayerns FDP-Chefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Es gibt verzweifelte Situationen von Politikern, die nie ins Fernsehen kommen.“ ...

(siehe Seite 3)

Andreas Breiting im STARNBERGER MERKUR vom 2. April 2001 zum Auftritt des Karikaturisten Dieter Hanitzsch:

Expertenwissen zu karikablen Köpfen

... die Vorführung der „Karikablen Köpfe“ am Overheadprojektor wurde bei den kabarettreifen Ausführungen von Dieter Hanitzsch



zum reinen Genuss. Wer wollte da schon an Problematisierungen denken, wenn die Wichtigkeit einer charakteristischen Haarpracht durch das Entfernen oder Hinzufügen von Folien demonstriert wurde. Da ließen sich Wajigel und Trittin unschwer als „charakterlos“ identifizieren, sobald ihnen Augenbrauen oder Kuhfänger-Bart genommen wurden. Das Lachen des Publikums war Hanitzsch gewiss.

Die Ethik des Zeichners wurde angesprochen. Hanitzsch machte deutlich, dass er ganz klare Grenzen für sich zieht. Zwar würde er liebend gerne körperliche Merkmale übertreiben, doch aus Behinderungen wolle er keine Bilderideen entwickeln. „Wenn es mit der CDU bergab ginge, und ein Zeichner würde das mit dem im Rollstuhl nach unten rasenden Schäuble illustrieren, fände ich das nicht besonders fair.“ Auch den Privatbereich von Politikern will Dieter Hanitzsch nicht thematisieren. Was die politische Bühne betrifft, müssen sich die Abgeordneten freilich auch auf Bösartigkeiten gefasst machen. Hanitzsch legte eine Folie auf, wo ein Geldsack durch die eingefüllten Banknoten Kohls Gesichtszüge bekommt. „Jede politische Karikatur muss auch eine Kritik enthalten. Und wer sich in die Küche der Politik begibt, muss eben auch Hitze aushalten.“

Sven T. Siefken im BERLINER TAGESSPIEGEL vom 30. März 2001 über die Tagung „Vom schlichten Sein zum schönen Schein“

Das Fernsehen wird unwichtiger

... Die generelle Diagnose der Teilnehmer: Deutschland wird amerikanisch. Doch während in Deutschland noch über die Entwicklung zur Amerikanisierung sinniert wird, ändern sich die Verhältnisse jenseits des Atlantik rapide. Vor allem der vergangene Präsidentschaftswahlkampf in den USA war hier für die Publizistik-Professorin Christina Holtz-Bacha ein „Lehrstück für die moderne Kampagnen-Organisation“. Er habe zugleich aber auch deren Grenzen aufgezeigt, sagte Holtz-Bacha. So sei etwa festzustellen, dass sich die amerikanischen Medien zunehmend die Ereignisse selbst schaffen, über die sie berichten. Holtz-Bacha meint damit vor allem die insgesamt 22 Fernsehdebatten – 21 von ihnen waren von Medienorganisationen gesponsort, allein zwölf von dem Nachrichtensender CNN. Europäischen Klischees widersprechend zeige sich aber insgesamt ein Bedeutungsverlust des Fernsehens als Wahlkampfmedium, denn zunehmend finde die Wähleransprache wieder direkt statt. Denn die Fernseh-Werbespots sind nicht nur teuer, sondern sie erreichen oftmals einen viel größeren Zuschauerkreis als nötig. Ein US-Politiker berater bringt es auf den Punkt: „Fernsehen ist wie Arbeit mit dem Holzhammer, unser Skalpell sind die direkten Kontakte über Telefon, Post und Internet.“ Aus Call-Centers werden Wähler in großem Maße persönlich angerufen, ihnen werden aufgezeichnete Nachrichten von den Kandidaten vorgespielt – oder besser noch: auf den Anrufbeantworter überspielt. Denn wer freute sich nicht, wenn Al Gore oder George W. Bush eine „persönliche“ Nachricht hinterlassen?

Das Entscheidende daran ist aber, dass diese Art von direkter Wähleransprache ein viel höheres Maß an „message targeting“ erlauben, also maßgeschneiderte Botschaften für jede Wählergruppe. Ähnlich verfahren die amerikanischen Kommunikationsprofis schon seit langem mit dem direkten Postversand, der häufig von externen Dienstleistern durchgeführt wird. In zunehmendem Maße spielen – kostengünstige – E-Mails eine Rolle. Der Kongressabgeordnete Rush Holt, ein Demokrat aus New Jersey, verschickte auf diesem digitalen Wege zusätzlich kleine Video-Botschaften.

Entscheidende Bedeutung gewann das World Wide Web im Wahlkampf 2000 auch beim Sammeln von Spendengeldern. Dank Kreditkarten konnten über die Websites der Kandidaten sehr schnell und unbürokratisch große Summen von Kleinspenden erzielt werden. Der demokratische Kandidat Bill Bradley sammelte so auf diesem Wege bis zu siebtausend Dollar pro Tag, sagte Holtz-Bacha.

SPD-Wahlstratege Malte Ristau ist hingegen skeptisch, was die Bedeutung des Online-Bereiches für die Wahl 2002 betrifft. Wohl werde ein Intranet wichtig sein, um die Parteorganisationen vor Ort schnell zu vernetzen. Aber bei der direkten Ansprache der Wähler gelte: Zunächst müssen die klassischen Stammwähler der Sozialdemokraten dazu gebracht werden, ihre Stimmen überhaupt abzugeben. Und diese Stammwähler sind keine typischen Online-Nutzer. Eine alte Werbe-Weisheit lautet nicht umsonst: „Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.“

(siehe Seite 9)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

- 23-2 8. - 10. 6.** **DDR? War da was?**
Junge Generation in Ost- und Westdeutschland heute
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 25-1 18. - 20. 6.** **Die neuen Global Players**
Die Rolle von NGO's in der internationalen Politik
Leitung: Klaus Grosch
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 25-2 18. - 20. 6.** **Kommunalwahlkampf im Lokalteil**
Ideenbörse für eine etwas andere Berichterstattung
in Kooperation mit dem Institut für Journalistenausbildung
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 25-4 22. - 24. 6.** **Migration, Integration, Identität -
Zur Kontroverse um den Begriff Leitkultur**
Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 26-1* 25. - 29. 6.** **Das vereinigte Deutschland –
Folgen und Überwindung der Teilung**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 26-2* 25. - 29. 6.** **Projektunterricht im GSE-Lehrplan für die Hauptschule**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Peter Hampe / Rudolf Schönauer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Belinda Bachmann B.Bachmann@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz [R.Heinz@apb-tutzing.de](mailto>R.Heinz@apb-tutzing.de)
Brigitte Hertenberger Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Karin Sittkus K.Sittkus@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juli

- 27-1 2. - 6. 7. **Politik kritisch hinterfragt – Recherche mit und ohne Netz**
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 27-3 6. - 8. 7. **Mobilisierung der Demokratie**
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 28-2* 10. - 12. 7. **Die Parteien, die Macht und das Geld**
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 28-3 13. - 15. 7. **Die Macht der Bilder – Internationales Krisenmanagement und Medien**
Tutzinger Internationales Forum
Leitung: Horst Denzer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 28-5* 9. - 13. 7. **Social Systems and Social Work in Germany and a EU Context**
in Kooperation mit der Katholischen Stiftungsfachhochschule, Benediktbeuern und dem Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg / Bernhard Stangl / Mathias Kiefer
Sekretariat: Belinda Bachmann Tel. 08158/256-53
- 29-1 16. - 18. 7. **Weichenstellungen für Europa – Osterweiterung und Sicherheitsfragen in einer globalisierten Welt**
In Zusammenarbeit mit den Landeszentralen für politische Bildung von Bayern und Baden-Württemberg
Leitung: Klaus Grosch / Wolfgang Hesse / Werner Karg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

August

- 31-1* 30. 7. - 2. 8. **Fragen zur Zeitgeschichte – Probleme der Gegenwart**
Ferienseminar 1 für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 35-1 28. - 31. 8. **Kultureller Alltag unter der SED-Diktatur**
Ferienseminar 2
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 35-2 27. - 30. 8. **Kaninchen vor der Schlange?**
Einfluss der Medien in Staat und Gesellschaft
Leitung: Horst Denzer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

- 36-1 3. – 6. 9.** **Der Mensch in der globalisierten Welt**
Ferienseminar 3 für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen
Leitung: Michael Piazolo
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

- 36-3 7. – 9. 9.** **Der 13. August 1961**
Die Berliner Mauer als Zäsur
In Zusammenarbeit mit der Vereinigung Gegen Vergessen für Demokratie
Leitung: Jürgen Maruhn / Karl Wilhelm Fricke
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

- 37-1 10. – 12. 9.** **Der Euro kommt**
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

- 37-2 14. – 16. 9.** **Russland – Weltmacht im Wartestand**
Tutzinger Internationales Forum
Leitung: Horst Denzer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

- 37-3* 11. – 14. 9.** **Streiten für die Demokratie**
Zur Auseinandersetzung mit dem Extremismus
In Kooperation mit der Bundeswehr
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Belinda Bachmann Tel. 08158/256-53

- 38-1 18. – 20. 9.** **Apathie, Vertrauensschwund, Extremismus:
Was kann politische Bildung dagegen bewirken?**
Stand und Perspektiven der neueren europäischen Diskussion
Leitung: Heinrich Oberreuter / Peter Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

- 38-3 21. – 23. 9.** **Die Unabhängigkeit der Gerichte - Realität oder bloße Idee?**
In Zusammenarbeit mit der Neuen Richtervereinigung (NRV)
Leitung: Michael Piazolo

- 39-1* 24. – 28. 9.** **Kunst und politische Bildung: Multimedia und Internet**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Gruber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

- 39-4 24. – 26. 9.** **Abwarten und Tee trinken? – England und die EU**
In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut
der Landeshauptstadt München
Leitung: Klaus Grosch
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt einen Vortrag in Posen zum Thema „Politische Partizipation und die Rolle der politischen Parteien“, leitete das Round-Table-Gespräch zum Thema „Russland und der Westen – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft“ in München und übernahm Moderation und Diskussionsleitung der Veranstaltung „Herrschaft im Dunkeln? – Aufgaben der Parlamentarischen Geschäftsführer“ in Berlin.

KOLLEGIUM

Dr. Michael Schröder hielt mehrere Vorträge im Goethe-Institut München zur aktuellen innenpolitischen Situation in Deutschland und sprach in Dresden vor ehrenamtlichen Pressereferenten über Methoden und Strategien erfolgreicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Dr. Manfred Schwarzmeier hielt zwei Vorträge über Probleme der Demokratie in Deutschland und Ansätze zu deren Lösung in Wies.

BEIRAT



Siegfried Kett ist zum Vorsitzenden des Bayerischen Volkshochschulverbandes gewählt worden.

VERWALTUNG

Als neue Mitarbeiterin in der Akademie begrüßen wir **Brigitte Hertenberger**. Frau Hertenberger hat am 1. Februar das Chefsekretariat übernommen.

E-Mail-Adressen der Dozenten:

H.Denzer@apb-tutzing.de
K.Grosch@apb-tutzing.de
P.Hampe@apb-tutzing.de

J.Maruhn@apb-tutzing.de
M.Piazolo@apb-tutzing.de
M.Schroeder@apb-tutzing.de

M.Schwarzmeier@apb-tutzing.de
J.Weber@apb-tutzing.de
K.Willenborg@apb-tutzing.de

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....
Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing